

Zöppel, Tina  
„Todesstrafe für Kinderschänder“ –  
wie Rechtsextreme soziale Themen politisch instrumentalisieren

BACHELORARBEIT

HOCHSCHULE MITTWEIDA

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2014

Zöppel, Tina

„Todesstrafe für Kinderschänder“ –  
wie Rechtsextreme soziale Themen politisch instrumentalisieren

eingereicht als

BACHELORARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

---

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2014

Erstprüfer: Prof. Dr. Christoph Meyer

Zweitprüfer: Prof. Dr. Barbara Wedler

## I Bibliographische Beschreibung:

Zöppel, Tina:

„Todesstrafe für Kinderschänder“ – wie Rechtsextreme soziale Themen politisch instrumentalisieren. 37 S.

Roßwein, Hochschule Mittweida/Roßwein (FH), Fakultät Soziale Arbeit, Bachelorarbeit, 2014

## II Referat:

Die Bachelorarbeit befasst sich mit Rechtsextremismus in Deutschland bezüglich sozialer Themen, die durch Rechtsextremisten für politische Zwecke instrumentalisiert werden. Untersucht werden die Strategien zur Mobilisierung der Bevölkerung, die genutzten Mobilisierungsinstrumente und Beispiele für Handlungsfelder gegen Rechtsextremismus. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt dabei auf einer intensiven Literaturrecherche, durch die vorhandene Problemstellungen ermittelt und Lösungsmöglichkeiten gefunden werden sollen.

## **Inhaltsverzeichnis**

Einleitung	1
1. Rechtsextremismus in Deutschland	2
1.1 Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus	2
1.2 rechtsextremistische Einstellungen	6
1.3 mögliche Ursachen	9
2. Instrumentalisierung sozialer Themen durch Rechtsextremisten am Beispiel von:	11
2.1 sexuelle Gewalt an Kindern	11
2.2 Islamfeindlichkeit	14
2.3 Flüchtlingspolitik	17
3. Beispiele der Mobilisierungsinstrumente	20
3.1 Plattform Internet	20
3.2 Medium Musik	23
3.3 Schulhof CDs	26
4. Handlungsfelder gegen Rechtsextremismus	29
4.1 medienpädagogische Rechtsextremismusprävention und Prävention an Schulen	29
4.2 politische Handlungsmöglichkeiten	31
4.3 Jugendsozialarbeit	33
Fazit	35
Literaturverzeichnis	38

## Einleitung

Die Demokratie ist eine Herrschaftsform, in der das Volk für eine bestimmte Zeit Vertreter wählt, welche als „Stimme des Volkes“ über laufende, politische Fragen entscheiden.<sup>1</sup> In einer Demokratie leben aber nicht nur Demokraten, sondern auch Menschen, die andere Herrschaftsformen befürworten und antidemokratische Meinungen vertreten. Gemäß dem § 5 im Grundgesetz hat jeder Mensch das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Grundrecht findet zwar nach § 5 Abs. 2 Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, in den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und im Recht der persönlichen Ehre. Antidemokratische, rassistische, ausländerfeindliche und diskriminierende Äußerungen können aber auch ohne die Verletzung der genannten Einschränkungen geäußert werden. Beispielsweise tritt anstelle der Parole „Ausländer raus“ die Forderung „Asylmissbrauch stoppen“. Diese Aussagen beinhalten im Kern die gleichen Ziele, die Wortwahl verschleiert jedoch den konkret ausländerfeindlichen Sinn, weist auf angebliche Kriminalität hin und ist Bestandteil der rechtsextremistischen Argumentationswelt. Sowohl die Flüchtlingspolitik als auch andere „Themen der Mitte“ bieten den Rechtsextremisten Verknüpfungspunkte zur Bevölkerung, um für ihre Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben und den damit verbundenen Ideologien zu werben und dahingehend mobil zu machen.

Rechtsextremismus ist ein Teil unserer Gesellschaft, der mit der Aufdeckung der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) im November 2011 erneut in erschreckender Weise in Erscheinung getreten ist. Mehr als zehn Jahre verübten die Mitglieder der Terrorzelle unerkannt zahlreiche Morde und weitere Verbrechen in Deutschland.<sup>2</sup> Seit dem bekannt werden der Terrorzelle NSU ist das Thema Rechtsextremismus wieder mehr in die öffentliche Diskussion geraten. Es stellen sich die Fragen, wie und über welche Themen es der NPD und anderen rechtsextremistischen Organisationen gelingt, Menschen für ihre rechtsextremistischen Ideologien zu rekrutieren, welche Mittel sie dafür nutzen und was auf unterschiedlichen Ebenen dagegen getan werden kann.

---

<sup>1</sup> vgl. Thurich 2006, S. 69

<sup>2</sup> vgl. Groß 2013, S. 9

Die vorliegende Arbeit befasst sich im ersten Abschnitt mit Rechtsextremismus allgemein. Wie ist Rechtsextremismus entstanden und wie hat er sich entwickelt, welche Dimensionen zählen zu rechtsextremistischen Einstellungen und welche Ursachen hierfür sind möglich. Im zweiten Abschnitt werden soziale Themen, welche durch Rechtsextremisten für ihre Zwecke instrumentalisiert werden, genannt und erläutert. Der dritte Abschnitt befasst sich mit Beispielen von Mobilisierungsinstrumenten und im vierten Abschnitt werden Handlungsmöglichkeiten verschiedener Institutionen gegen Rechtsextremismus dargestellt.

## **1. Rechtsextremismus in Deutschland**

Um bestimmte Handlungsweisen und Einstellungen zu Rechtsextremismus zuordnen zu können, bedarf es einer Definition, die eine genauere Zuordnung möglich macht. Eine allgemein anerkannte Definition existiert nicht.<sup>3</sup> Im Rahmen der Studie „Vom Rand zur Mitte“, welche im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 durchgeführt wurde, fand eine Konsensuskonferenz statt, bei der ein einheitlicher Fragebogen entwickelt wurde. Im Zuge dessen haben die Akteure, darunter einer der mitwirkenden Autoren der oben genannten Studie, eine Definition festgelegt:

*„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen“.*<sup>4</sup>

Im folgenden Abschnitt werden die Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland erläutert, rechtsextremistische Einstellungen dargestellt und mögliche Ursachen dieser Einstellungen erörtert.

---

<sup>3</sup> vgl. Stöss 2010, S. 10

<sup>4</sup> Decker; Brähler 2006, S. 20

## 1. Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus

Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland entstand um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Lager der Deutschkonservativen bzw. in der antiliberalen und antisozialdemokratischen Politik von Landwirtschaft und Schwerindustrie in Preußen-Deutschland. Der Bedeutungswandel des Nationalismus vollzog sich durch die Bildung des deutschen Nationalstaats 1871 und die industrielle Revolution.<sup>5</sup> „Meinte Nationalismus ursprünglich die nationale Einheit im Rahmen eines zumeist liberalen, konstitutionellen Verfassungsstaats, so zielte der Begriff nach Vollendung der deutschen Einheit auf die Bewahrung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse, auf die Abwehr von demokratischen und sozialistischen, internationalistischen und ultramontanen (katholisch-abendländischen) Bestrebungen und auf die Stärkung der Machtstellung Deutschlands in der Welt.“<sup>6</sup>

Nach dem Ende der Ära Bismarck 1890 begann die nationalistische Kritik vor allem am außenpolitischen Kurs der großbürgerlich-aristokratischen Führungsgruppen im Reich. Der 1891 gegründete, imperialistische und überwiegend antisemitische „Alldeutsche Verband“ wurde Vorreiter genannter nationalistischen Kritik.<sup>7</sup> Als Geburtsstunde des Rechtsextremismus bezeichnet Richard Stöss in seiner Publikation „Rechtsextremismus im Wandel“ den Vorabend des Ersten Weltkrieges. Die Reichsleitung akzeptierte mit dem Burgfrieden die Sozialdemokratie als Verhandlungspartner. Daraufhin riefen die nationalistischen Kreise zum Widerstand auf und bemühten sich, entgegen der offiziellen Rechtfertigung des Krieges als Verteidigungskrieg um die breite Sammlung aller Kräfte, drängten auf territoriale Erweiterungen, forderten den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, lehnten einen Verständigungsfrieden kategorisch ab und wollten innere Reformen unbedingt verhindern. Radikale Nationalisten, ursprünglich Teile des Konservatismus, stellten sich gegen die eigene Klasse. Um den für Konservative unfassbaren Vorgang populär rechtfertigen zu können, entwarfen die radikalen Nationalisten die im Kern bis heute gültigen Ideologien des Rechtsextremismus.<sup>8</sup> Der fundamentaloppositionelle Aufbruch wurde durch die subjektive Überzeugung der radikalen Nationalisten gerechtfertigt, dass das Reich durch innere und

---

<sup>5</sup> vgl. Stöss 2010, S. 24

<sup>6</sup> Stöss 2010, S. 24f.

<sup>7</sup> vgl. Stöss 2010, S. 25

<sup>8</sup> vgl. ebd.

äußere Feinde nachhaltig bedroht sei. Ihrer Ansicht nach erkannte keiner der herrschenden Eliten diese Bedrohung bzw. wurden ihnen sogar die Verharmlosung der Zustände unterstellt. Damit sah sich die nationale Opposition dazu verpflichtet, zur Erhaltung des Reichs den Umsturz auszurufen.<sup>9</sup>

Die Bevölkerung musste davon überzeugt werden, dass der herrschende Konservatismus versagt hatte, um die für den Umsturz notwendige Massenbasis mobilisieren zu können. Es entstand die gegen die konservative Weltanschauung gerichtete rechtsextremistische Ideologie, welche die vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohungen einseitig interpretierte, überhöhte und dramatisch darstellte. Nationalistische Propaganda bestand bzw. besteht darin, bestehende

Ängste zu schüren und Untergangsszenarien zu erzeugen. Dies funktioniert(e) aber nicht ohne tatsächlich bestehende Bedrohungen und Gefahren. Deshalb braucht(e) es ein anfälliges bzw. aufgeschlossenes Volk.<sup>10</sup> „Er muss an bestehende Ängste anknüpfen, sie dann aber durch Wirklichkeitsverzerrung so weit verstärken, dass der Ruf nach einer autoritären Lösung des Problems immer lauter wird und damit die Chancen für eine Machtübernahme steigen.“<sup>11</sup>

Neben der Forderung nach einem autoritären Nationalstaat nach außen spielte die Stärkung des nationalistischen Bewusstseins und der Kampf gegen undeutsche Verhältnisse eine zunehmend wichtige Rolle. Das Volk sollte geschlossen und mit Überzeugung hinter der betriebenen Machtpolitik stehen. Gründe für dieses völkische Denken waren der soziale Wandel und die durch die industrielle Revolution bedingten Demokratisierungstendenzen. Der Machtverlust des Adels, die Bedeutungsabnahme des überwiegend bäuerlichen Mittelstands und der Aufstieg des Bürgertums, insbesondere der Arbeiterschaft, beeinflussten ebenfalls den Umbruch im Denken. Daraus folgte die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, welche sich politisch in der Bildung von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften äußerte. Die politisch extrem Rechten werteten dies als Zerstörung des Volkes. In Folge dieser Ausdifferenzierung entstand auch die Rassentheorie: das Judentum bedrohe die Existenz des Germanentums u.a. durch die Gefährdung der deutschen

---

<sup>9</sup> vgl. ebd., S. 25f.

<sup>10</sup> vgl. Stöss 2010, S. 26

<sup>11</sup> Stöss 2010, S. 26



Wirtschaft und die Verschärfung der sozialen Frage.<sup>12</sup>

Im Zuge des endenden Ersten Weltkrieges entstand die erste konsequent rechtsextremistische Partei mit dem Namen Deutsche Vaterlandspartei (DVLP). Jene Partei versuchte sich über Kritik an der Politik als Retter des Volkes darzustellen. Die DVLP scheitert mit der Kapitulation der Wehrmacht. Daraufhin entstand die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in der sich all diejenigen organisierten, die sich gegen Demokratie und Sozialismus aussprachen.<sup>13</sup> Mit Hilfe der Weltwirtschaftskrise erlangte die in Konkurrenz zur DNVP stehende, herangewachsene NSDAP die politische, wirtschaftliche und soziale Macht in Deutschland und knüpfte unmittelbar an die nationalistische Opposition von 1918 mit verstärkter rassistischer, antisemitischer und antikapitalistischer Haltung an. In diesem Zuge fand die nationale Bewegung ihren erschreckenden Höhepunkt, bei der, u.a. bedingt durch Verfolgungs- und Größenwahn, die schwerwiegendsten Verbrechen an der Menschheit verübt wurden.<sup>14</sup>

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und mit der Teilung Deutschlands bestanden weiterhin zahlreiche rechtsextremistische Parteien und Organisationen, die sich weiterhin mit der ‚nationalen Idee‘ beschäftigten. Als Spätfolge des Verbots der Sozialistischen Reichspartei im Jahr 1952 gründete sich am 28. November 1964 die Nationaldemokratische Partei Deutschland, kurz NPD. Der Bremer Betonfabrikant Friedrich Thielen war von 1964 bis 1967 erster Vorsitzender der Partei.<sup>15</sup> Ab diesem Zeitpunkt entwickelte sich die NPD bis heute zur führenden rechtsextremistischen Partei in Deutschland. 2001 wurde ein Verbotverfahren von Bundesregierung und Bundesrat beantragt. Da in den Anträgen Aussagen von V-Männern dokumentiert wurden, scheiterte das Verfahren und wurde 2003 vom Bundesverfassungsgericht beendet. Die NPD ging gestärkt aus dem versuchten Verbot hervor und gewann zahlreiche Mitglieder dazu.<sup>16</sup> Am 3. Dezember 2013 reichte der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erneut einen Antrag auf die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD ein.<sup>17</sup>

---

<sup>12</sup> vgl. Stöss 2010, S. 26f.

<sup>13</sup> vgl. Stöss 2010, S. 28

<sup>14</sup> vgl. ebd., S. 29

<sup>15</sup> vgl. Gensing 2009, S. 31

<sup>16</sup> vgl. ebd., S. 39

<sup>17</sup> vgl. Bundesrat 2013, [http://www.bundesrat.de/DE/presse/Thema/Thema-node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.bundesrat.de/DE/presse/Thema/Thema-node.html?__nnn=true), verfügbar am 03.12.2013

## 1.2 rechtsextremistische Einstellungen

Im Zuge der zu Beginn dieses Abschnittes zitierten Definition haben die Teilnehmer der genannten Konferenz sechs Dimensionen erarbeitet, welche rechtsextremistische Einstellungen prägen. Dazu zählen die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus.<sup>18</sup>

Ab 2002 befragte das Meinungsforschungsinstitut USUMA im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Hilfe einer Stichprobenziehung alle zwei Jahre die deutsche Bevölkerung. Es wurde das Ziehungsprogramm „EASY-Sample“ eingesetzt, welches eine zufällige Ziehung der zu befragenden Haushalte in den alten und neuen Bundesländern ermöglichte.<sup>19</sup> Ziel der Befragungen war es, die Zustimmung oder Ablehnung der sechs angeführten Dimensionen über jeweils drei ausgewählte Aussagen mit den fünf Antwortmöglichkeiten „stimme voll und ganz zu“, „stimme zu“, „stimme teils zu, stimme teils nicht zu“, „lehne ab“ und „lehne voll und ganz ab“ in Erfahrung zu bringen.<sup>20</sup> Die Fragebögen wurden in verschiedene Untersuchungskomplexe unterteilt. (s. Tabelle)<sup>21</sup> Die Untersuchungsergebnisse wurden nach Ost und West unterschieden.

Untersuchungskomplex	Fragebögen
Rechtsextreme Einstellung	1) Rechtsextremismusfragebogen (vgl. Decker & Brähler 2005)
Komplex 1 (Außenkriterien und Differenzierung von Links-/Rechtsextremismus)	2) Fragebogen zur Einstellung gegenüber Demokratie (Stöß 2000) 3) Fragebogen zur sozialen Dominanzorientierung (Sommer, Stellmacher & Brähler 2003) 4) Autoritarismus Fragebogen Kurzfassung (Schmidt, Stephan & Herrmann 1995; Decker & Brähler 2000) 5) Fragebogen zum Sexismus (Endrikat 2003) 6) Fragebogen zur Gewaltbereitschaft (Ulbrich-Hermann 2003) 7) Fragen zur Akzeptanz von Verfassungsinstitutionen (Regierung, Verfassungsgericht, etc.)
Komplex 2 (Persönlichkeits- und Sozialisationseinflüsse auf die Einstellung)	8) Gießen-Test (Persönlichkeitsfragebogen) (Beckmann, Brähler & Richter 1991) 9) Resilienzskala Fragebogen zur Erfassung der psychischen Widerstandsfähigkeit als Personenmerkmal (Schumacher, Leppert, Gunzelmann, Strauß & Brähler 2005)

<sup>18</sup> vgl. Decker; Brähler 2010, S. 20f.

<sup>19</sup> vgl. Decker; Brähler 2006, S. 25

<sup>20</sup> vgl. Decker; Brähler 2010, S. 21

<sup>21</sup> Decker; Brähler 2010, S. 24f.

	10) Fragebogen zum Erziehungsstil zur Differenzierung des elterlichen Familienklimas (FEE; Schumacher, Eisemann & Brähler 1999) 11) Fragebogen zur Ängstlichkeit (GAD 7; Spitzer, Kroenke, Williams & Löwe 2006) 12) Fragebogen zur Depressivität (PHQ-2; Löwe, Kroenke & Gräfe 2005) 13) Fragebogen zum Selbstwerterleben (Self-Esteem, Selbstwert; Colani & Herzberg 2003) 14) Religiositätsbarometer 15) Lebenszufriedenheit (Henrich & Herschbach 2000)
Komplex 3 (Einfluss aktueller politischer und sozialer Lage auf die Einstellung)	16) Wertefragebogen (Henrich & Herschbach 2000) 17) Fragebogen zur beruflichen und sozialen Deprivation (Rippl & Baier 2005) 18) Fragebogen zur ökonomischen Deprivation (Rippl & Baier 2005) 19) Frage nach Arbeitslosigkeit als Merkmal von Desintegration (Differenzierung nach Dauer der bisherigen Arbeitslosigkeit) 20) Frage nach Sorge um den Arbeitsplatz als Merkmal von drohender Desintegration
Komplex 4: Merkmale politischer und kultureller Einstellungen	Parteipräferenz („Sonntagsfrage“), Gewerkschaftsmitgliedschaft, Kirchenmitgliedschaft, Links-/Rechts-Selbsteinschätzung
Komplex 5: Soziodemographische Merkmale	Haushaltseinkommen, persönliches Einkommen, Geschlecht, Alter, Haushaltsgröße

Die folgenden Ausführungen der einzelnen Dimensionen rechtsextremistischer Einstellungen in Deutschland beziehen sich auf das Befragungsjahr 2012.

Eine rechtsgerichtete Diktatur, d.h. die Vorstellung eines Volkes als Schicksalsgemeinschaft mit gemeinsamen Interessen, welche von einer Partei verfolgt werden befürwortet jeder sechste Deutsche. Mehr als jeder zehnte Deutsche wünscht sich einen Führer. Insgesamt würden unter Umständen 7 Prozent der deutschen Bevölkerung eine Diktatur als Staatsform der Demokratie vorziehen.<sup>22</sup> Chauvinismus als eine Form des übersteigerten Nationalgefühls mit einhergehender Fremdadwertung findet ähnlich hohe Zustimmungswerte. Der Wunsch nach einem starken Nationalgefühl wird mit knapp 40 Prozent beziffert. Ein Drittel der Bevölkerung fordert ein hartes Auftreten gegenüber dem Ausland und mehr als ein Viertel wünscht sich einen ‚gerechteren‘ Anteil an „Macht und Geltung“.<sup>23</sup>

<sup>22</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 31

<sup>23</sup> vgl. ebd., S. 32

Die Dimension Ausländerfeindlichkeit findet durchgängig hohe Zustimmungswerte. Signifikant ist hierbei die deutlich höhere Zustimmung in Ostdeutschland. Mehr als die Hälfte der ostdeutschen Befragten äußerten die Ansicht, Ausländer würden nach Deutschland kommen um den Sozialstaat auszunutzen. Auch den ausländerfeindlichen Aussagen „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“ und „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ stimmen jeweils deutlich über 40 Prozent der Ostdeutschen zu. In Westdeutschland fallen zwar die Zustimmungswerte mit 29-36 Prozent niedriger als in Ostdeutschland aus, dennoch sind die Werte auf Gesamtdeutschland bezogen sehr hoch.<sup>24</sup> Der Antisemitismus als Dimension rechtsextremistischer Einstellungen findet ebenfalls hohe Zustimmung. Der Aussage „Juden hätten heutzutage immer noch zu großen Einfluss“ stimmen knapp 20 Prozent der Bevölkerung zu. Jeder und jede sechste Deutsche haben keine Scheu, antisemitischen Aussagen offen zuzustimmen.<sup>25</sup> Der Sozialdarwinismus findet weniger Zustimmung in der Bevölkerung. Gemeint ist hierbei die auf Charles Darwin zurückzuführende Theorie der Entstehung von Arten auf die Gesellschaft bezogen. Sozialdarwinismus beinhaltet die Aussage, dass es wertee und unwertee Leben gibt.<sup>26</sup> Hierbei stimmen 4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung von Deutschland zu, wobei der Zustimmungswert in Ostdeutschland mit knapp 8 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland mit 3,4 Prozent liegt. Die Zustimmungswerte der Dimension „Verharmlosung des Nationalsozialismus“ haben sich seit Beginn der Befragungen 2002 stark verändert. Im Jahr 2002 stimmten 5,3 Prozent der Westdeutschen und 2,8 Prozent der Ostdeutschen zu. 2012 hingegen stimmten sowohl Ost- als auch Westdeutschland mit jeweils 3 Prozent den Aussagen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus zu.<sup>27</sup>

Ab 2002 wurden alle zwei Jahre Befragungen mit denselben Fragebögen durchgeführt. Im Laufe der Zeit hat sich ein klarer Trend in Ostdeutschland entwickelt. Knapp 16 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung haben ein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, d.h. sie stimmen allen sechs

---

<sup>24</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 33

<sup>25</sup> vgl. ebd., S. 34

<sup>26</sup> vgl. Decker; Brähler 2010, S. 40

<sup>27</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 52f.

Dimensionen zu. Ebenso hat sich der Zusammenhang zwischen Alter und rechtsextremistischem Weltbild verändert. Bestand 2002 noch der Zusammenhang zwischen zunehmendem Alter und Rechtsextremismus, so stimmen 2012 die jungen Ostdeutschen überwiegend den rechtsextremistischen Aussagen zu. Trotz der hohen Zustimmungswerte in Ostdeutschland sind rechtsextremistische Einstellung auch in Westdeutschland verbreitet. Rechtsextremismus wird nicht als ostdeutsches Phänomen, sondern als Folge sozioökonomischer Strukturen bezeichnet.<sup>28</sup>

### **1.3 mögliche Ursachen**

Im Bezug auf rechtsextremistische Einstellungen stellt sich die Frage, welche Faktoren dazu beitragen können, dass sich Menschen zu dieser Einstellung hinwenden und anfällig für Rechtsextremismus werden. Im folgenden Abschnitt werden mögliche Ursachen benannt und erläutert.

Das auf Persönlichkeit basierende Konzept des „autoritären Charakters“ bildet eine der Ursachen der Zuneigung zu rechtsextremistischen Einstellungen. Gemeint ist die Vorstellung, dass der politischen Orientierung eines Menschen bestimmte Charaktertypen oder Persönlichkeitsmerkmale vorausgehen. Theodor W. Adorno schrieb 1950 dazu das Werk „The Authoritarian Personality“. In diesem Werk beschrieb er neun Dimensionen des autoritären Charakters. Dazu zählen u.a. der Konventionalismus, d.h. die an konventionelle Werte des Mittelstandes starre Bindung, die autoritäre Unterwürfigkeit und die autoritäre Aggression (basierend auf dem psychoanalytischen Konzept des sado-masochistischen bzw. autoritär-masochistischen Charakters von Erich Fromm), der Anti-Intrazeption, d.h. die Ablehnung des Subjektiven, Aberglaube, Stereotypie, Destruktivität und Zynismus.<sup>29</sup>

Der „autoritäre Charakter“ gilt als notwendige aber nicht als ausreichende Voraussetzung für rechtsextremistische Einstellungen. Erst durch die Verbindung zu gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wird dieses Konzept relevant für das Verhalten von Menschen. Hierbei kommt die Unzufriedenheit mit dem sozialen Status hinzu. „Unzufriedenheit bedeutet die Diskrepanz von Anspruch und Erfüllung, von Erwartung und Realität, kurz: frustrierende soziale Erfahrungen, die Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung, Protest,

---

<sup>28</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 54f.

<sup>29</sup> vgl. Stöss 2010, S. 47f.

Verweigerung, Opposition und Widerstand hervorrufen.“<sup>30</sup> Unzufriedenheit ist meist eine Folge gesellschaftlicher Umstrukturierungen und somit Begleiterscheinung der modernen Industriegesellschaften. Daraus folgt das Gefühl der Ausgrenzung, Abkopplung und Benachteiligung und erzeugt Vorurteile gegenüber Fremden und Schwachen. Diese Vorurteile lassen wiederum den Wunsch der Bevölkerung nach autoritären Konzepten wie Sicherheit, Geborgenheit, Orientierung, Ruhe und Ordnung laut werden. Außerdem kann sich Unzufriedenheit auf Lebensbedingungen beziehen. Beispielsweise spielen dabei Wohnverhältnisse, soziale Beziehungen und kulturelle Infrastrukturen bzw. Freizeitangebote eine Rolle.<sup>31</sup>

Weitere Einflussfaktoren auf die Bildung rechtsextremistischer Einstellungen können soziale, wirtschaftliche und politische Deprivationserfahrungen sein. Unter Deprivation ist die Verlusterfahrung von etwas Vertrautem gemeint. Personen, die eine soziale Deklassierung und somit eine soziale Deprivation erwarten oder einschätzen stimmen eher rechtsextremistischen Aussagen zu.<sup>32</sup> Die politische Deprivation äußert sich in der Wahrnehmung, dass politisches Engagement sinnlos ist und die Einflussmöglichkeiten auf die Regierung als sehr gering eingeschätzt werden.<sup>33</sup> Die Einschätzung der Deprivation ist stark abhängig von der subjektiven Wahrnehmung.

Als weitere Ursache für rechtsextremistische Einstellungen wird das erinnerte Erziehungsverhalten der Eltern beschrieben. Sowohl Ablehnung und Strafe durch die Eltern als auch fehlenden emotionale Wärme können dazu beitragen, ein rechtsextremistisches Weltbild zu entwickeln.<sup>34</sup>

Auch die politische Unzufriedenheit spielt eine wichtige Rolle. Wirtschaftliche und soziale Problemlagen können zwar Rechtsextremismus begünstigen, dennoch bleibt das politische Handeln als Steuerungsfaktor erhalten und kann vorhandene Problemlagen abfedern oder ignorieren und sie damit zusätzlich verschärfen. Wird nicht angemessen auf Problemlagen des Volkes reagiert, entwickelt sich seitens der Bevölkerung eine eher ablehnende Haltung zur Demokratie. Folglich nimmt die Zuneigung zu antidemokratischen Kräften zu.<sup>35</sup>

---

<sup>30</sup> Stöss 2010, S. 48

<sup>31</sup> vgl. Stöss 2010, S. 49

<sup>32</sup> vgl. Decker; Brähler 2006, S. 93

<sup>33</sup> vgl. ebd., S. 113

<sup>34</sup> vgl. ebd., S. 102

<sup>35</sup> vgl. Stöss 2010, S. 52

## **2. Instrumentalisierung sozialer Themen durch Rechtsextremisten am**

### **Beispiel von:**

#### **2.1 sexuelle Gewalt an Kindern**

„Todesstrafe für Kinderschänder“ – häufig findet sich dieser oder ähnliche Slogans auf Transparenten bei Demonstrationen, auf Autoheckscheiben oder als Aufdruck auf T-Shirts. Wenn ein Fall von sexueller Gewalt an Kindern öffentlich wird, ist die Anteilnahme und Empörung der Bevölkerung stets sehr groß. Genau diese Emotionen nutzen Rechtsextremisten, um ihre Ideologien unter das Volk zu bringen.

Im 1871 gegründeten Kaiserreich wurde „Unzucht an Kindern“ bereits als Tatbestand im Strafgesetzbuch aufgeführt und mit bis zu 10 Jahren Zuchthaus bestraft. In der Weimarer Republik fand ein rechtsstaatlich orientierter Umgang statt, in dem beispielsweise bei Jugendlichen differenzierter auf den Kontext der Tat geschaut und die Frage nach Resozialisierung gestellt wurde.

Der Begriff „Kinderschänder“ wurde zunächst in den Sexualwissenschaften, später in der „Rassen- und Sozialbiologie“ verwendet, um abweichendes Verhalten durch die „Minderwertigkeit der Erbanlagen“ zu erklären. Es fand eine Fokussierung auf biologistische, den Körper betreffende Argumentationen statt. Gemäß diesem Verständnis setzte eine militante Kinderschutzbewegungen das Wort „Kinderschänder“ ein, um die Betroffenen als „Unmenschen“ zu stigmatisieren, welche mit ihren Taten Schande über die Opfer brachten.<sup>36</sup> Das Wort Schande steht im Gegensatz zu dem Wort Ehre. Wenn ein Kind „geschändet“ wurde, dann verlor es seine Ehre und wurde wortgemäß mit Schande überzogen. Diese Definition beinhaltet die Fokussierung auf das Kind als Objekt und die „Verschmutzung“ des einst „reinen Wesens“.

Ab Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurden „rassehygienische Erklärungen“ in die Gesetze übernommen. Damit wurde beispielsweise die Verfolgung männlicher Homosexueller als „Knabenschänder“ gerechtfertigt. Durch eine Vielzahl bildlicher Darstellungen wurden Juden als Täter sexueller Gewalt an Mädchen und Frauen dargestellt. Über dieses Thema fand somit ebenfalls antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung statt. Ebenso wurden ab 1933 einschlägig vorbestrafte und als gefährlich eingestufte

---

<sup>36</sup> vgl. Radvan o. J., S. 10

„Sittlichkeitsverbrecher“ mit Kastration bestraft. Männer wurden aufgrund ärztlicher Anordnung und ohne Gerichtsverfahren auf Grundlage des Gesetzes „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zwangssterilisiert. Die rechtsstaatlichen Prinzipien wurden außer Kraft gesetzt. In der rechtsextremistischen Ideologie der „Volksgemeinschaft“ gilt der „Kinderschänder“ als innerer Feind. Ziel ist die Homogenisierung der Gemeinschaft durch Ausgrenzung und Vernichtung aller „ungearteten“ und nicht dazugehörigen Menschen.<sup>37</sup>

Nach 1945 griffen Rechtsextremisten das Thema der Liberalisierung von Sexualität auf. Es wurde versucht, die Tabubrüche und die damit verbundene Empörung der Gesellschaft zu nutzen, um die vertretenen Ideologien gesellschaftsfähig zu machen. So wurde 1970 die erste Erotikmesse in Westdeutschland beschmiert, ein Sexshop mit Buttersäure attackiert und Werbung für den Kinofilm „Schulmädchenreport“ zerstört. Ab 1980 griffen Rechtsextremisten die Themen Aids und Homosexualität auf. Bestehende Ängste wurden geschürt und Kampagnen gegen die Zuwanderung aus afrikanischen Staaten geführt.<sup>38</sup>

Sexuelle Gewalt an Kindern ist seit Längerem eines der wichtigsten Mobilisierungsinstrumente der Rechtsextremisten. 1997 luden Rechtsextremisten unter dem Decknamen „Jugendgemeinschaft Rendsburg-Eckenförde“ zu einer Tagung zum Thema Online-Kinderpornographie mit dem Titel „Weg mit dem Dreck – aus dem Internet“ ein. Die Gäste, unter anderen auch Politiker demokratischer Parteien, bemerkten erst vor Ort, dass die Veranstaltung durch Neonazis initiiert wurde, als der NPD-Landesvorsitzende Ingo Stawitz die Begrüßungsrede hielt.<sup>39</sup> 2001 wurde die Szene-Aktion „Nationalisten gegen Kinderschänder“ (NgK) gegründet, welche durch eine Vielzahl von Bands, Versänden, Homepages und Einzelpersonen der Neonazi-Szene unterstützt wurde. Seitdem wurden zahlreiche rechtsextremistische Kampagnen, welche das Thema sexuelle Gewalt an Kindern im öffentlichkeitswirksamen Raum instrumentalisieren ins Leben gerufen. Die Brisanz des Themas innerhalb der rechtsextremen Szene wird vor allem in Musik und Merchandise sichtbar. „Grob geschätzt behandelt jede dritte

---

<sup>37</sup> vgl. Radvan o. J., S. 10f.

<sup>38</sup> vgl. ebd., S. 12

<sup>39</sup> vgl. ebd., S. 19



Rechtsrockveröffentlichung die Thematik [...]“.<sup>40</sup>

Das Beispiel des nordfriesischen Ortes Leck zeigt auf, wie die Mobilisierung der Bevölkerung gelingen kann. Am 3. März 2012 fand eine durch Neonazis organisierte Demonstration gegen einen jugendlichen Sexualstraftäter statt. An der Demonstration beteiligten sich Nachbarinnen und Nachbarn mit ihren Kindern. Durch die aufgeladene Stimmung aufgrund rechtsextremistischer Hetzreden kam es dazu, dass die Teilnehmer der Demonstration versuchten, die Wohnung des 18-Jährigen zu stürmen. Kurze Zeit später wurde der Jugendliche tödlich angegriffen und verschwand daraufhin unter ungeklärten Umständen. Die Neonazis feierten das Verschwinden als Erfolg ihrer Kampagne.<sup>41</sup>

Die Strategien der Rechtsextremisten zur Mobilisierung der Bevölkerung über das Thema der sexuellen Gewalt an Kindern sind vielseitig. Zum einen inszenieren sie sich als „bürgernah“ und als besorgte Menschen und nutzen so eine „Normalisierungsstrategie“, um Zustimmung aus der breiten Menge zu erhalten. Außerdem greifen Rechtsextremisten auf Materialien und Symbole zurück, welche zu rechtsstaatlichen Organisationen und Vereinen gehören oder verlinken auf deren Internetseiten, um die Entlarvung als Neonazis zu erschweren.<sup>42</sup>

Die angebotene Lösung besteht in der Rache an den Tätern und der damit verbundenen verfassungswidrigen Forderung der Wiedereinführung der Todesstrafe. Hinzu kommt die Behauptung, sexuelle Gewalt würde ständig zunehmen, welche wiederum den Lösungsvorschlägen Nachdruck verleiht. Die Externalisierung von Tätern nimmt ebenso eine wichtige Rolle in den Mobilisierungsstrategien ein. Rechtsextremisten greifen die Fälle von sexueller Gewalt an Kindern auf, bei denen der Täter nicht aus dem näheren Umfeld des betroffenen Kindes kommt. Dies hat zum Ziel, sexuelle Gewalt als von außen kommende Gefahr zu initiieren und die Auseinandersetzung mit dem näheren Umkreis überflüssig zu machen.<sup>43</sup> Die Instrumentalisierung des Themas hat zum einen das Ziel, die öffentliche Aufmerksamkeit und die Ängste der

<sup>40</sup> Buschboom 2003, <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/7012>

<sup>41</sup> vgl. Raupach o. J., S. 36

<sup>42</sup> vgl. Lehnert o. J., S. 20f.

<sup>43</sup> vgl. ebd., S. 21f.

Bevölkerung für Kampagnen zu nutzen, in denen rechtsextremistische Ideologien und die autoritäre Vorstellung von Strafe gesellschaftsfähig gemacht werden.<sup>44</sup> Zum anderen wird die Demokratie als Staatsform infrage gestellt, in dem das demokratische Rechtssystem aufgrund von vergleichsweise milden Haftstrafen und Wiederholungstaten als zu „Täterfreundlich“ bezeichnet wird. In Folge dessen fordern Rechtsextremisten den Sturz des „Systems“.<sup>45</sup> Es geht hierbei nicht um Kinderschutz oder um die Aufarbeitung von sexueller Gewalt. Vielmehr geht es um den Schutz der angestrebten „Volksgemeinschaft“ und daraus folgend um die Verbreitung ihrer menschenverachtenden Ideologien.<sup>46</sup> Rechtsextremisten nutzen Themen wie sexuelle Gewalt an Kindern, welche augenscheinlich von der Politik vernachlässigt werden, um sich als attraktive politische Alternative zu präsentieren.<sup>47</sup>

## **2.2 Islamfeindlichkeit**

Islamfeindlichkeit bezeichnet die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, welche sich gegen Menschen muslimischen Glaubens oder allgemein gegen den Islam richtet. Sie ist unabhängig von der Religiosität der Betroffenen oder der Angehörigkeit zu einer spezifischen islamischen Glaubensrichtung. Es handelt sich vorrangig um die Abwertung von Menschen, die der Glaubensrichtung des Islam zugeordnet werden. In vielen europäischen Ländern besteht die Tendenz, unabhängig vom Geburtsort oder der Staatsangehörigkeit die Zugewanderten mit Muslimen gleichzusetzen bzw. Muslimen als Zugewanderte wahrzunehmen. Muslimen werden häufig nicht als Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft, sondern als „Fremde“ betrachtet.<sup>48</sup> „Die Islamfeindlichkeit bedient sich der Abwertung des Islams, um Muslimen abzuwerten, weil sie Muslimen sind.“<sup>49</sup> In der Islamkritik werden Muslimen als einheitlicher Block verstanden, bei dem innerhalb keine Abweichung möglich ist. Demzufolge ist die Abweichung von Mitgliedern auch nicht erwünscht, da alle Muslimen im Wesen gleich seien. Die Wesensgleichheit wird, nicht wie im klassischen Rassismus, über Biologie definiert, sondern sie sei Folge der Zugehörigkeit zum Islam.

---

<sup>44</sup> vgl. ebd., S. 20

<sup>45</sup> Amadeu-Antonio-Stiftung o. J., S. 7

<sup>46</sup> vgl. Lehnert o. J., S. 18

<sup>47</sup> vgl. ebd., S. 20

<sup>48</sup> vgl. Zick; Küpper; Hövermann 2011, S. 46f.

<sup>49</sup> Zick; Küpper; Hövermann 2011, S. 47

Der Islam wird als Religion bezeichnet, welcher mit der Weltansicht des Westens nicht kompatibel sei. Die Einordnung der Muslimen in einen einheitlichen Block bedeutet zudem, dass der Islam die Identitätsbildung seiner Mitglieder als einziger Faktor maßgeblich bestimmt. Die identitätsbildenden Merkmale wie die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, der Beruf, das Geschlecht, die Nationalität, etc. würden laut Islamkritiker von der Identität als Muslime verdrängt. Somit werden alle aufkommenden sozialen Probleme einzig auf die kulturelle Zugehörigkeit reduziert.<sup>50</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland vertreten 36,2 Prozent der Bevölkerung eine islamfeindliche Haltung.<sup>51</sup> Rechtsextremisten nutzen die bereits in der Gesellschaft vorhandene islamfeindliche Haltung und schüren dahingehend Ängste vor Überfremdung und terroristischer Gewalt. Der Antimuslimische Kulturrassismus äußert sich demzufolge in den Wahlkämpfen der Rechtsextremisten. Anstatt „Ausländer raus“ wurde von der PRO-Bewegung der Slogan „Abendland in Christenhand“ zum Landtagswahlkampf 2010 in Nordrhein-Westfalen genutzt, welcher von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) abgekupfert wurde. Die PRO-Bewegung versucht sich mit diesem Kampagnenthema die politische Vorherrschaft zu erkämpfen bzw. tritt somit in Konkurrenz zur NPD.<sup>52</sup> Auch die NPD nutzte die bestehenden Vorurteile gegenüber dem Islam im Bundestagswahlkampf 2013 mit dem Slogan „Maria statt Scharia“. Die Propaganda der Rechtsextremisten ist gekennzeichnet von antiislamischen Populismus einhergehend mit rassistischen Parolen. Populismus bezeichnet die opportunistisch geprägte, volksnahe und oft demagogische Politik, welche zum Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Zustimmung der breiten Menge bezüglich bevorstehenden Wahlen zu gewinnen.<sup>53</sup> Damit bildet das politisch inszenierte Schlagwort der „schleichenden Islamisierung“ den zentralen Zugangspunkt in die politische Mitte. Hinzu kommen die symbolischen Angriffspunkte Moschee und Minarett. Die Anti-Minarett-Kampagnen verdecken kulturkämpferisch den dahinter steckenden Rassismus und bieten darüber hinaus Verbindungspunkte zu den bereits bestehenden Ressentiments.

Muslimfeindlichkeit wird zum Symbol für mehrheitsfähigen Rassismus bezüglich

<sup>50</sup> vgl. Decker, Kiess, Brähler 2012, S. 89f.

<sup>51</sup> vgl. ebd., S. 95

<sup>52</sup> vgl. Häußler 2011, S. 1

<sup>53</sup> vgl. Duden, <http://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus>, verfügbar am 16.12.2013

der Kampagnen gegen die Einwanderungsgesellschaft. Die Sarrazin-Debatte zeigt einmal mehr die Brisanz der Einstellungen gegenüber dem Islam.<sup>54</sup>

„Die extreme Rechte verknüpft propagandistisch reale Problemlagen und gesellschaftspolitische Defizite mit rassistischen, nationalistischen und völkischen Handlungsoptionen. Dabei zieht sie ihre Stärke aus der Schwäche und der defizitären Wahrnehmbarkeit demokratischer Repräsentation und Partizipation: Je weniger aktive demokratische Gestaltungsmöglichkeiten – auch und besonders im kommunalen und alltäglichen Lebensumfeld – wahrnehmbar sind und je mehr sozialer Druck und ökonomische Fremdbestimmung den Lebensalltag prägen, desto einfacher sind autoritäre Politikangebote zu vermitteln.“<sup>55</sup>

Besonderes Merkmal der durch die rechtsextremistischen PRO-Bewegungen initiierten Antiislamkampagne ist der modernisierte Rassismus. Das Feindbild des Juden wird durch das Feindbild des Muslimen abgelöst. Es findet unter der paradoxen Begründung, dass der Feind eines Feindes ein Freund wäre, die Solidarisierung mit Israel statt.<sup>56</sup>

Nicht nur bei Wahlkämpfen wird gegen die „schleichende Islamisierung“ mobil gemacht. Auch im Internet werden die Hetzkampagnen gegen den Islam verbreitet. Dazu zählt vor allem der durch Stefan Herre 2004 gegründete Weblog „Politically Incorrect“ (PI). Herre vertritt die Meinung, dass auch die unscheinbaren und „gemäßigten“ Moslems in den letzten Jahren religiöser und gefährlicher geworden seien und je gläubiger ein Moslem, desto gefährlicher wäre er. Er rechtfertigt diese Aussage damit, dass das, was in den Moscheen vom Imam gepredigt würde, würden Moslems auch in die Tat umsetzen wollen. Er bezeichnet die hier lebenden Moslems als „tickende Zeitbomben“.<sup>57</sup> „99 Prozent aller Terrorakte in den vergangenen Jahren wurden durch Moslems verübt – unter Berufung auf den Koran, um letztendlich auch bei den 72 Jungfrauen zu landen.“<sup>58</sup> Der Islam sei vorrangig keine Religion, sondern politische Ideologie. Auf dem Weblog PI werden täglich Beiträge zum Thema Islam veröffentlicht, welche durch die Besucher kommentiert werden können. Dies geschieht anonym über eine Server im Ausland, da sich Stefan Herre als

---

<sup>54</sup> vgl. Häußler 2011, S. 3f.

<sup>55</sup> Häußler 2011, S. 4

<sup>56</sup> vgl. Stöss 2010, S. 45

<sup>57</sup> vgl. Geisler; Schultheis 2011, S. 122f.

<sup>58</sup> Herre, Stefan, zit. n. Geisler; Schultheis 2011, S. 123

Verantwortlicher der Seite wegen Kritik an den Veröffentlichungen zurückgezogen hat.<sup>59</sup> Er versteht PI als Gegenentwurf zur sogenannten „Systempresse“, welche sich „unablässig selbst zensiere.“<sup>60</sup> und sieht es als seine Aufgabe, den Menschen immer wieder zu vermitteln, dass der Islam gefährlich sei.<sup>61</sup> Die Internetseite verzeichnet täglich knapp 50.000 Besucher und gilt somit als besucherstärkster Weblog in Deutschland.<sup>62</sup> Diese hohen Besucherzahlen belegen die Aktualität und das Interesse an antimuslimischen Haltungen in Deutschland und zeigen einen Verbindungspunkt der Rechtsextremisten in die Mitte der Gesellschaft auf.

### 2.3 Flüchtlingspolitik

Ein weiteres Thema, welches von Rechtsextremisten instrumentalisiert wird, ist die Asylpolitik. 1949 wurde im Grundgesetz festgeschrieben: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Dieses Gesetz war eine der Konsequenzen, die aus den Menschenrechtsverletzungen der Nationalsozialisten gezogen wurde. So entstand ein einklagbares Individualrecht auf Asyl. Mit der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 verpflichteten sich die Vertragsstaaten, darunter auch Deutschland, zur Gewährung von Asyl und zur Einhaltung eines Mindestschutzstandards. 1953 wurde das erste gesetzlich geregelte Asylverfahren eingeführt. Mit dem Anwerbestopp von ausländischen Arbeitskräften in den 70ern stiegen die Zahlen der Asylbewerber. Dieser Umstand forderte eine Auseinandersetzung der Politik mit dem genannten Thema. Anfang 1990 stiegen die Zahlen der Asylsuchenden massiv an. 1992 stellten knapp 440.000 Menschen, doppelt so viele wie im Jahr zuvor, Antrag auf Asyl. Es wurden aber nur 4,3 Prozent der Anträge anerkannt.<sup>63</sup> Die Vielzahl von rassistischen Anschlägen, darunter Mölln und Rostock-Lichtenhagen, ließen Medien und Parteien auf Fehler in der Flüchtlingspolitik schließen. Deshalb verständigten sich Union, SPD und FDP im Dezember 1992 auf die Neuregelung des Asylrechts. Das Verfahren sollte beschleunigt und „Asylmissbrauch“ verhindert werden. In Folge dessen wurde der schrankenlose Satz in Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz aufgehoben und durch den

<sup>59</sup> vgl. Geisler; Schultheis 2011, S. 123f.

<sup>60</sup> Herre, zit. n. Geisler; Schultheis 2011, S. 126

<sup>61</sup> vgl. Geisler; Schultheis 2011, S. 128

<sup>62</sup> vgl. Geisler; Schultheis 2011, S. 123

<sup>63</sup> vgl. Einschränkung des Asylrechts 1993, 24.05.2013, <http://www.bpb.de/politik/hintergrundaktuell/160780/asylkompromiss>, verfügbar am 19.11.2013

Artikel 16a ersetzt. Diese Änderung sollte sicherstellen, dass sich nur tatsächlich politisch verfolgte Personen auf das deutsche Asylrecht berufen können. Parallel dazu bestand bzw. besteht die Möglichkeit des „kleinen Asyls“, welches das Aufenthaltsrecht und den Schutz vor Abschiebung bei Personen regelt, die per Definition der Genfer Flüchtlingskonvention Flüchtlingsschutz genießen.<sup>64</sup>

Folgende Änderungen wurden mit der Einführung des Artikels 16a beschlossen: Bei der Einreise über ein EU-Land oder ein anderes benachbartes Land von Deutschland besteht kein Recht auf Asyl. Diese sogenannte „Drittstaatenregelung“ besteht auch in anderen EU-Ländern. Diese Regelung hat zur Folge, dass Asylsuchende bereits an den Grenzen zu Deutschland scheitern und aufgrund von teilweise stattfindenden Kettenabschiebungen in ihr Herkunftsland zurückkehren müssen. Flüchtlinge aus Ländern, in denen keine Verfolgung oder unmenschliche Behandlung droht, haben ebenfalls keinen Anspruch auf Asyl. Über Flughäfen eingereiste Bewerber können bis zu einer Dauer von 19 Tagen festgehalten werden, um den Antrag zu prüfen, da die Transitbereiche der Flughäfen als „extrritoriales Gebiet“ gelten. Somit ist die Durchführung von Asylverfahren vor der Einreise nach Deutschland und bei Ablehnung die sofortige Abschiebung möglich.

Im Grundgesetz existiert keine Definition, wer als politisch verfolgt gilt. Erst höchstrichterliche Urteile der Genfer Flüchtlingskonvention definierten den Begriff. Politische Verfolgung muss demnach vom Staat ausgehen und die Menschenwürde der betroffenen Personen schwerwiegend verletzen. Armut, Bürgerkrieg und Naturkatastrophen sowie die Verfolgung nicht-staatlicher Parteien sind keine Begründung für eine Asylbewerbung. Mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes 2005 ist es nunmehr auch nicht-staatlich verfolgten Menschen möglich, den Flüchtlingsstatus zu erhalten. Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre befristet. Zusätzlich besteht die Möglichkeit des „subsidiären Schutzes“ für Menschen ohne die Gewährung von Asyl oder des Flüchtlingsstatus. Der genannte Schutz besagt, dass bei existentieller Bedrohung wie beispielsweise drohender Todesstrafe die Abschiebung verboten ist.<sup>65</sup>

---

<sup>64</sup> vgl. ebd.

<sup>65</sup> vgl. Einschränkung des Asylrechts 1993, 24.05.2013, <http://www.bpb.de/politik/hintergrundaktuell/>

Das Thema des „Asylmissbrauchs“ greifen auch Rechtsextremisten auf. Populärstes Beispiel ist momentan die neu errichtete Außenstelle der Erstaufnahmestelle Chemnitz im erzgebirgischen Schneeberg. In der Nacht vom 24. zum

25. September gab es in der zentralen Aufnahmestelle im Chemnitzer Stadtteil Ebersdorf eine schwere Auseinandersetzung zwischen Tschetschenen und Nordafrikanern. 21 Menschen wurden verletzt, zwei davon schwer. Die Erstaufnahmestelle war bis zu diesem Zeitpunkt mit 730 Menschen aus unterschiedlicher kultureller Herkunft vollkommen überbelegt.<sup>66</sup> Aufgrund der Vorkommnisse wurde beschlossen, die frühere Kaserne in Schneeberg als Außenstelle der zentralen Erstaufnahmestelle Chemnitz zu nutzen. Daraufhin wurden Familien aus dem Flüchtlingsheim in der Kaserne in Schneeberg untergebracht.<sup>67</sup> Diesen Umstand instrumentalisiert seither die NPD, um gegen die Aufnahme von Asylsuchenden mobil zu machen. Der NPD-Kreisvorsitzende des Erzgebirges Stefan Hartung rief am 19. Oktober 2013 zur Demonstration gegen die Flüchtlinge im Ort mit der gegründeten Bürgerinitiative „Schneeberg wehrt sich“ und unter dem Titel „Schneeberger Lichtellauf“ auf. Diesem Aufruf folgten 800 Menschen, welche mit Fackeln und den Rufen „Wir sind das Volk“ durch Schneeberg marschierten. Der für das Erzgebirge traditionelle „Lichtellauf“ wurde mit genannten Fackeln für die Demonstration umdefiniert. Auf diese Demonstration folgten zwei weitere „Lichtelläufe“, bei denen die Zahl auf 1.500 Teilnehmer anstieg. NPD-Funktionär Stefan Hartung forderte auf den Demonstrationen einen Bürgerentscheid, bei dem die Schneeberger Bürger demokratisch über das Bestehen eines Asylbewerberheims in ihrem Ort entscheiden könnten.<sup>68</sup>

Im Fall Schneeberg wird deutlich, wie Rechtsextremisten versuchen, die Mitte der Gesellschaft zu erreichen. Es werden diffuse Ängste der Bevölkerung geschürt, in dem von Kriminalität und Gewaltbereitschaft der Bewohner des Asylbewerberheims die Rede ist. Die NPD zeigt sich vermeintlich interessiert

---

160780/asylkompromiss, verfügbar am 19.11.2013

<sup>66</sup> vgl. Ausschreitungen in Chemnitzer Asylunterkunft, 26.09.2013, [http://www.mdr.de/sachsen/randale-asylbewerber-chemnitz100\\_zc-f1f179a7\\_zs-9f2fcd56.html](http://www.mdr.de/sachsen/randale-asylbewerber-chemnitz100_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html), verfügbar am 19.11.13

<sup>67</sup> vgl. Grunert 2013, Bürger und NPD zusammen gegen Flüchtlinge, [http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/10/21/burger-und-npd\\_14197](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/10/21/burger-und-npd_14197), verfügbar am 19.11.2013

<sup>68</sup> vgl. Schneeberg setzt Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, 19.11.2013, <http://www.mdr.de/sachsen/schneeberg-proteste102.html>, verfügbar am 19.11.2013

am Wohl der Bürger und präsentiert „volksgerechte“ Lösungsvorschläge wie beispielsweise den Bürgerentscheid. Kleinstädte wie das erzgebirgische Schneeberg eignen sich sehr gut für genau diese Strategien der Rechtsextremisten, da sich die Bürger oft von der Politik allein gelassen fühlen und in der NPD eine Alternative zur gefühlten politischen Ohnmacht sehen.

### **3. Beispiele der Mobilisierungsinstrumente**

Um die Bevölkerung zu erreichen und ihre menschenverachtenden Ideologien zu verbreiten nutzen Rechtsextremisten verschiedene Mobilisierungsinstrumente. Im folgenden Abschnitt werden die Plattform Internet, das Medium Musik und die „Schulhof“ CD näher beleuchtet und im Bezug auf ihre Wirksamkeit zur Mobilisierung dargestellt.

#### **3.1 Plattform Internet**

Eine der wichtigsten Mobilisierungsinstrumente der rechtsextremistischen Szene ist das Internet. Als mediale Verbreitungsform nimmt das Internet aufgrund der Schnelligkeit, der Flüchtigkeit der Inhalte und der unmittelbaren Verfügbarkeit über Ländergrenzen hinweg eine Sonderstellung ein.<sup>69</sup>

Rechtsextremisten nutzen seit Langem das World Wide Web, um ihr Gedankengut zu transportieren. Die erste Vernetzung fand in den 1980er Jahren unter nordamerikanischen Rechtsextremisten über Mailboxen-Computer statt. Um

jedoch eine Verbindung zu anderen Mailboxen herstellen zu können, musste die Telefonnummer der angewählten Mailbox bekannt sein, welche nur über Mundpropaganda oder einschlägige Periodika in Erfahrung gebracht werden konnte.<sup>70</sup> Erst ab den 1990er Jahren begann die Kommunikation auch in Deutschland. Im März 1993 ging das rechtsextremistische „Thule-Netz“ in Erlangen in Betrieb, welches mit 13 weiteren Boxen in Deutschland und zeitweise mit vier ausländischen Boxen verbunden war. Bis zu 200 User tauschten sich auf rund neunzig Themen-Brettern aus. Das „Thule-Netz“ spaltete sich jedoch nach internen Streits und löste sich 1999 auf. Die erste, noch heute existierende rechtsextreme Seite im Internet ging im März 1995 unter dem Namen „Stormfront – White Nationalist Ressource Page“ ans Netz.

---

<sup>69</sup> vgl. Günter 2013, S. 83

<sup>70</sup> vgl. Glaser; Pfeiffer; Schneider 2013, S. 101



Nach dem Vorbild der „Stormfront-Page“ baute die NPD als erste rechtsextremistische deutsche Organisation das WWW-Angebot in Deutschland auf. Daraus resultierte die durch Augsburger Aktivistinnen und Aktivisten eingespeiste Seite „Der Aufbruch“.<sup>71</sup> Ab diesem Zeitpunkt entwickelten sich die rechtsextremistischen Angebote proportional zur Entwicklung des gesamten Internets. Die heutigen Websites erscheinen professionell und mit Sachinhalt gestaltet, Musik und Videos sowie interaktive Elemente bilden eine zielgruppenorientierte Gestaltung der Internetseiten. Das Internet bietet nutzbare Dimensionen für Rechtsextremisten: Anonymität, zeit- und grenzenlose Verfügbarkeit und unendliche Verbreitungsmöglichkeiten. Die Entstehung multimedialer Angebote findet dort statt, wo sich die jungen Menschen ohnehin bereits bewegen. Das Social Web, auch Web 2.0 genannt, wird zur Plattform rechtsextremistischer Propaganda. „Youtube“, „Facebook“, usw. werden zur problemlosen und schnellen Verbreitung von neuem Szenematerial an die Nutzergruppen genutzt. Portale wie „SchülerVZ“ bilden eine Plattform von der aus über die Szene hinaus Kontakte geknüpft werden können.<sup>72</sup> Multimediale Elemente wie Musikclips von Szenebands, Filme von Aufmärschen und Propagandafilme von „Nationalen Autonomen“ erhöhen die Attraktivität der Internetangebote und erleichtern den Zugang zur jungen Zielgruppe.

Die Wirksamkeit zeigt sich am Beispiel eines Propagandafilms auf „Youtube“ unter dem Namen „Werde unsterblich“. Im Video sind schwarz gekleidete, weiße Masken und Fackeln tragende Jugendliche mit einem Transparent zu sehen. Auf diesem Transparent steht die Aufschrift „Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass Du Deutscher gewesen bist“ und der Hinweis auf eine Internetseite geschrieben. Auf der angegebenen Internetseite wird das Aussterben der Deutschen, sowie die Feindschaft gegen alles Fremde und die multikulturelle Gesellschaft propagiert. Dieses Video hat inzwischen bundesweit etliche Nachahmer gefunden. Außerdem wird über das Web 2.0 zum „Aufmarsch“ mobilisiert: Veranstaltungen zum Gedenken an Rudolf Heß, Trauermärsche gegen „Kinderschänder“ oder Musikevents wie „Rock für Deutschland“.<sup>73</sup>

---

<sup>71</sup> vgl. ebd., S. 102f.

<sup>72</sup> vgl. Glaser; Pfeiffer; Schneider 2013, S. 105f.

<sup>73</sup> vgl. Ebd., S. 108f.

Somit ist das Internet mit seinen zahlreichen Interaktionsmöglichkeiten das perfekte Werbe- und Mobilisierungsinstrument für die rechtsextremistischen Gruppierungen. Am Beispiel der kleinen Community „NB-Town“ mit Sitz in Neubrandenburg wird deutlich, wie wenig der rechtsextremistischen Propaganda in sozialen Netzwerken entgegengewirkt wird bzw. entgegengewirkt werden kann. NB-Town ist eine Community mit rund 140.000 Nutzern und beschreibt sich als „>> DER Reichweitenmotor der Region<<“<sup>74</sup> und ist zum wichtigen Treffpunkt der zwölf bis dreißigjährigen in der Region und im gesamten Nordosten Deutschlands geworden.<sup>75</sup> In den Nutzungsbedingungen ist festgehalten, dass jede Form der Verbreitung bzw. Veröffentlichung rechtsextremistischer Propaganda-Inhalten verboten ist. Rechte Propaganda wird weiterhin als Nennung oder Abbildung von Rechtsrockbands, Parolen oder rechten Szenemarken sowie die Beschönigung der NS-Zeit und die Wahlwerbung für rechte Parteien oder die Verbreitung von verfassungswidrigen Symbolen definiert.<sup>76</sup> Benutzernamen wie „weiSSer HaSS“ und „odinssohn88“<sup>77</sup> oder sogenannte „Lobbys“, in denen sich User über gemeinsame Interessen austauschen können und die Titel „Artikel 5 Grundgesetz“ oder „HaSSeröder...unser Bier!“<sup>78</sup> tragen, lassen vermuten, dass sich kein Nutzer davon abhalten lässt, rechtsextremistische Propaganda zu verbreiten. Erst seit dem die Community wegen der rechtsextremistischen Veröffentlichungen negativ in den Schlagzeilen der Lokalpresse auftauchte und viele der Sponsoren ihre Werbung auf der Seite stoppten, handelte der 27-jährige Gründer und Chef von NB-Town Alex Zerling und fügte eine „User verpfeifen“ Funktion auf seiner Seite hinzu. Diese Funktion ermöglicht es anderen Nutzern, Verstöße gegen die Nutzungsbedingungen an den Betreiber zu melden. Zwar gilt auch im Internet der Artikel 5 des Grundgesetzes, auf den sich Rechtsextremisten gern berufen und der besagt, dass jeder ein Recht auf freie Meinungsäußerung hat. Dennoch können über Nutzungsbedingungen Grenzen gesetzt werden.

Trotz der Versuche, rechtsextremistischer Propaganda entgegenzuwirken, bleiben die Communitys meist unfreiwillig Dienstleister der Rechtsextremisten.

---

<sup>74</sup> Geisler; Schultheis 2011, S. 105

<sup>75</sup> vgl. Geisler; Schultheis 2011, S. 109

<sup>76</sup> vgl. ebd., S. 106f.

<sup>77</sup> Geisler; Schultheis 2011, S. 110

<sup>78</sup> ebd., S. 107

So ist es schwierig, Mitglieder begründet zu sperren, da im Dunkeln bleibt, ob das großgeschriebene Doppel S in Hasseröder eventuell ein Tippfehler ist oder die 88 in einem Benutzernamen den Verweis auf das Geburtsjahr darstellt.

Außerdem werden die Betreiber häufig mit Meldungen überschwemmt, denen sie nicht nachgehen können. Diese Probleme sind aber keineswegs auf die kleineren Communitys beschränkt. Auch das derzeit größte Social Network „Facebook“ ist Portal für die Verteilung von rechtsextremistischen Gedankengut. Von dessen Betreibern wird aber weit weniger gegen Rechtsextremismus gehandelt als es bei NB-Town der Fall ist. Viele der Veröffentlichungen, welche nach deutscher Gesetzeslage verboten sind, sind in anderen Ländern erlaubt.<sup>79</sup>

Auch staatliche Stellen zur Kontrolle der virtuellen Verbreitung von rechtsextremistischer Propaganda sind maßlos überfordert. Die von den Bundesländern gegründete Kontrollinstanz für das Internet Jugendschutz.net befasst sich seit 1997 mit illegalen und jugendgefährdenden Inhalten, nimmt Kontakt zu Anbietern im In- und Ausland auf, bei denen Verstöße erkannt wurden und bittet jene, die Inhalte zu verändern. Eine Antwort auf diese Maßnahmen stellen die rechtsextremistischen Online-Communitys wie die Videoplattform „Wntube“ oder das Online-Lexikon „Metapedia“ dar.

Die unsichere Rechtslage verbunden mit dem fehlenden Bewusstsein bzw. Interesse der Community-Betreiber für rechtsextremistische Propaganda und die Fülle an Internetseiten machen es schwierig, gegen Rechtsextremismus im Web 2.0 vorzugehen. Das Internet ist das am schwierigsten kontrollier- und steuerbare Mobilisierungsinstrument der Rechtsextremisten.<sup>80</sup>

### **3.2 Medium Musik**

Zu einem der wichtigsten Einflussfaktoren auf junge Menschen zählt die Musik. Sie ist Bestandteil jugendlicher Stil- und Lebenswelten und bietet Identifikationsmöglichkeiten sowie den Ausdruck der eigenen Identität und die Abgrenzung zur „Erwachsenenwelt“.<sup>81</sup> Diese wichtigen Eigenschaften nutzen Rechtsextremisten, um ihre Ideologien attraktiver zu gestalten und in die Mitte der Jugendlichen zu transportieren.

Die Geschichte des Rechtsrock beginnt in England, wo Ende der 70er Jahre die

---

<sup>79</sup> vgl. Geisler; Schultheis 2011, S. 113ff.

<sup>80</sup> vgl. ebd., S. 116ff.

<sup>81</sup> vgl. Wörner-Schappert 2013, S. 111

Punkband „Skewdriver“ erstmals die moderne Musik mit rassistischen und nationalen Texten verbindet. Dies spiegelt sich auch bei einem der ersten Alben dieser Band mit dem Titel „White Power“ wieder. Ian Stuart Donaldson, Sänger der genannten Band und Gründer von „Blood&Honour“<sup>82</sup> war Mitglied der rechtsextremistischen National Front und verarbeitet deren Parolen in seinen Songtexten. Donaldson erklärte: „Musik ist das ideale Mittel, Jugendlichen den Nationalsozialismus näher zu bringen [...] besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden.“<sup>83</sup>

Donaldson starb 1993 bei einem Autounfall und wurde damit zur Ikone der rechten Szene. Seine Lieder predigen Gewalt, Hass, beschwören das arische Europa oder verherrlichen den Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess.<sup>84</sup> Anfang der 80er Jahre gründeten sich die ersten rechten Punkbands in Deutschland, darunter die bekannte Band „Böhse Onkelz“. Die Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten (ANS/NA) von Michael Kühnen und Christian Worch versuchten unter Skinheads und Hooligans Mitglieder zu werben und gingen dazu in die Fußballstadien. Das Interesse an Gehorsam und Parteizugehörigkeit war allerdings sehr gering und so konnten sie keine neuen Mitglieder für die Szene anwerben. Erst mit den 1985 in Hamburg von Skinheads begangenen Morden an zwei türkischen Jugendlichen wurden Skinheads zum Synonym rechter Jugendlicher. Skinheads wurden rechts und Rechte wurden Skinheads. Die Rechtsrockszene boomte nach der Wende. Erschienen 1989 nur vereinzelt Alben, stiegen die Zahlen ab 1990 rapide an. 1998 wurden 140 Rechtsrock CDs veröffentlicht.<sup>85</sup>

Der Rechtsrock als Musikstil richtet sich vor allem an junge Menschen. Verfassungsschützer und Wissenschaftler sprechen von Rechtsrock als Einstiegsdroge<sup>86</sup>, wobei diese monokausale Darstellung zu kurz greift. Die Einstiegsverläufe in die Szene zeigen, dass die primären Ursachen in der Biografie liegen. Rechtsextreme Musik verstärkt und manifestiert zwar Vorhandenes, ihre Wirkung ist aber von Umfeld, der individuellen Situation und eventueller rechtsex-

---

<sup>82</sup> Belgrich; Hahnel 2011, S. 2

<sup>83</sup> Staud 2006, S. 159

<sup>84</sup> vgl. Wörner-Schappert 2013, S. 112

<sup>85</sup> vgl. Staud 2006, S. 160

<sup>86</sup> vgl. Kraske; Werner 2007, S. 96

tremistischer Dispositionen abhängig.<sup>87</sup> „Musik kann, wenn die Texte stimmen und vor allem die Melodie stimmt, unsere Botschaften transportieren. Ich bin froh, dass es inzwischen aus dem ‚Nationalen Musikspektrum‘ von Ballade bis Hatecore für jeden Geschmack fast alles gibt!“<sup>88</sup>

Texte des Rechtsrocks beinhalten das gesamte Spektrum rechtsextremistischer Themen, u.a. Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Verherrlichung des Nationalsozialismus. Ethnopluralismus, welcher die Rasseneinheit des eigenen Volkes unter dem Deckmantel vermeintlicher Toleranz für andere Völker meint, ist ein weiterer Bestandteil der Texte.<sup>89</sup>

Experten unterscheiden zwei Gruppen des Rechtsrocks. Die eine Gruppe missachtet die Gesetzgebung komplett. Die Texte beinhalten klare rechtsextremistische Aussagen wie „Ausländerschweine“ oder „Scheiß-Nigger“ und werden in Folge dessen von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Die andere Gruppe bewegt sich auf dem schmalen Grad zwischen erlaubt und unerlaubt. Die Produzenten lassen die Songtexte juristisch prüfen, um der Strafverfolgung zu entgehen. In den Texten wird nur noch mit Codes gearbeitet, indem Begriffe wie Nation oder Volk so eingebunden werden, dass erst auf den zweiten Blick eine rassistische oder chauvinistische Aussage erkennbar wird. Am 22. Dezember 2003 wurde die Rechtsrockband „Landser“ als kriminelle Vereinigung vom Landesgericht Berlin aufgrund ihrer aggressiven und eindeutigen rechtsextremistischen Parolen verboten. Das Verbot folgte auf Songtexte wie „Kanaken, Zecken, all der Dreck, sind schon bald für immer weg“ oder „Und das Asylbewerberheim brennt, die ganzen Scheiß-Asylanten, die rennen schnell davon“.<sup>90</sup> Die Rekrutierung junger Menschen ist aber nur eine Funktion des Rechtsrock. Zum anderen werden die Kameraden mit gleicher Gesinnung über die Musik zusammengeführt. Das folgende Beispiel zeigt auf der einen Seite die bestehende Ohnmacht der Politik gegenüber Rechtsrock-Konzerten und auf der anderen Seite das enorme Potential der Vereinigung von Rechtsextremisten aus der ganzen Welt.

Das „Transatlantik-Linie“-Konzert fand am 16. Juli 2011 in Nienhagen bei Halberstadt statt. Im Vorfeld warben einschlägige Internetseiten mit dem internationalen Line-up. Ein neonazistischer Aktivist aus NRW und Veranstalter

---

<sup>87</sup> vgl. Wörner-Schappert 2013, S. 115

<sup>88</sup> Heise, Thorsten 2004, zit. n. Wörner-Schappert 2013, S. 115

<sup>89</sup> vgl. Kraske; Werner 2007, S. 97

<sup>90</sup> vgl. ebd., S. 98ff.

des Konzertes mietete legal eine stillgelegte Hopfendarre<sup>91</sup> mit dazugehöriger Frei-fläche an. Trotz der eindeutigen Ausgangslage und der intensiven Beschäftigung des Landesinnenministeriums mit der Thematik konnte das Event fast ungestört stattfinden. Die Stadt Magdeburg erklärte ein Verbot als sinnlos und die Auflagen des zuständigen Ordnungsamtes mussten nach erfolgreicher Klage der Veranstalter vor dem Verwaltungsgericht Erfurt fallen gelassen werden. Mit eintausend Besuchern war es eines der größten Konzerte in Sachsen-Anhalt und mit zwanzig Euro Eintritt ein lukratives Geschäft für den Veranstalter. Bei Veranstaltungen dieser und anderer Art nutzen Rechtsextremisten alle zur Verfügung stehenden politischen Schlupflöcher und Grauzonen, um auf legalem Weg eine Zusammenkunft organisieren zu können.<sup>92</sup> „Die Konzerte sind wichtige Kristallisationspunkte, an denen sich die Szene vernetzt.“<sup>93</sup> Musik ist als Propagandamittel, Identifikationsangebot und Provokationsmöglichkeit ein ideales Mobilisierungsinstrument für Rechtsextremisten. Sie eröffnet den latenten Einstieg in die rechtsextremistische Szene durch das Aufgreifen von soziale Themen, die für junge Menschen wichtig sind und stellt darüber Verknüpfungspunkte zu den rechtsextremistischen Ideologien her.<sup>94</sup>

### **3.3 Schulhof CDs**

Wie im vorhergehenden Abschnitt bereits beschrieben spielt Musik als Propagandainstrument und zum Einstieg in die rechte Szene eine wesentliche Rolle. Diese Wirkung nutzen Rechtsextremisten über die sogenannte „Schulhof“ CD, welche während des Wahlkampfes von der NPD auf Schulhöfen oder vor Jugendtreffs an Jugendliche verteilt werden. Das „Projekt Schulhof“ wurde erstmalig 2004 von der NPD im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen initiiert.<sup>95</sup> Ziel war es, mit der kostenlosen CD Schülerinnen und Schüler mit einem noch nicht gefestigten Weltbild zu erreichen und für die rechtsextremistischen Ideologien zu „begeistern“. Das Amtsgericht Halle/Saale stellte im August 2004 fest, dass die Inhalte der CD schwer jugendgefährdend seien und ordnete die bundesweite Beschlagnahmung der CD an. Daraufhin

<sup>91</sup> Vorrichtung, Anlage zum Trocknen oder leichten Rösten von u.a. Malz, Getreide, Obst, Gemüse, Hanf, Torf (Quelle: Duden)

<sup>92</sup> vgl. Begrich; Hahnel 2011, S. 2ff.

<sup>93</sup> Kraske; Werner 2007, S. 107

<sup>94</sup> vgl. Wörner-Schappert 2013, S. 120

<sup>95</sup> vgl. Buschbom 2009, S. 2

wurden die Inhalte der CD über ausländische Anbieter im Internet bereitgestellt. Ein weiteres Ziel der Schulhof CD ist die Schaffung von Absatzmöglichkeiten rechtsextremistischer Musik und die damit verbundene PR für Rechtsrock-Bands und musikalischer Gruppierungen anderer Musikrichtungen wie bspw. Hip-Hop.<sup>96</sup> Die NPD hat bis heute zahlreiche Schulhof CDs in Umlauf gebracht. Anlässlich der Bundestagswahl 2005 erschien die CD mit dem Titel „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker“, 2006 eine leicht veränderte Ausgabe der zurückliegenden Landtagswahlen 2004 und im Zuge der Landtagswahlen 2009 die CD „BRD vs. Deutschland“.<sup>97</sup> Der Inhalt ist von Ethnopluralismus und Verschwörungstheorien geprägt. Die Liedtexte beschreiben die Theorien der „Überfremdung“ und der „Auflösung von Nation und Volk“. Einwanderung wird als Maßnahme zum gewollten Prozess der Zerstörung des deutschen Volkes beschrieben. Hinzu kommt das Zerrbild vom durch fremde Mächte beherrschten und gedemütigten Deutschland.<sup>98</sup>

Jugendliche befinden sich häufig in einer Lebensphase des Selbstzweifels und der Identitätssuche. Jugendkulturen werden in diesem Zusammenhang als Inszenierung des Andersseins verstanden und ermöglichen die Abgrenzung, Widerständigkeit und Provokation gegenüber der „Spießerwelt“ der Erwachsenen. Außerdem sind junge Menschen sensibler und empfindlicher gegenüber Ungerechtigkeiten, die von der „Erwachsenenwelt“, also Eltern, Lehrerinnen und Lehrern oder politischen Akteuren begangen werden. An diese Eigenschaften knüpft die NPD mit der Schulhof CD an, um das Ungerechtigkeitsempfinden der Jugendlichen für ihre Zwecke zu politisieren und nutzt dazu bestehende Mechanismen. Zum einen wird versucht, über Redundanz, d.h. ständige Wiederholungen die Propagandathemen plausibel zu machen. Die genannten Themen werden in den Liedtexten in unterschiedlichen Ausdrucksformen wiederholt. Des weiteren sind extrem rechtsextremistische Bands mit vergleichsweise harmlosen Liedern auf den CDs vertreten. Das hat zum einen das Ziel, die allgemein ablehnende Haltung durch Teile der Gesellschaft gegenüber Rechtsextremismus in Frage zu stellen und die Jugendlichen aufzufordern, sich nicht „manipulieren“ zu lassen. Zum anderen

---

<sup>96</sup> vgl. Pfeiffer 2013, S. 59

<sup>97</sup> vgl. Buschbom 2009, S. 2

<sup>98</sup> vgl. Pfeiffer 2013, S. 61

soll zur Politisierung eine weitergehende Beschäftigung mit der Geschichte und dem Umfeld der Bands erreicht werden, um den Einstieg in die rechtsextremistische Szene zu ebnen.<sup>99</sup>

Wie die Strategien der NPD funktionieren zeigt das Beispiel der Mittelschule im sächsischen Kamenz. Klaus Krahle, seit 1997 Direktor der Mittelschule, kennt das Problem mit dem Rechtsextremismus und hat in diesem Bezug Erfahrungen gemacht. Massive Probleme mit Rechtsextremismus bekam die Schule 2004 mit einer zehnten Klasse. Der Schülersprecher trug Kleidung der Szene-Marke „Thor Steinar“ und zeigte so offensichtlich seine Meinung. Daraufhin forderten der Direktor und die pädagogischen Fachkräfte den Jungen auf, die Marke in der Schule nicht mehr zu tragen. Die Eltern des Schülersprechers stellten sich hinter ihren Sohn. „Sein Vater war entweder Sympathisant oder Mitglied der NPD“.<sup>100</sup> Die Schule führte in Folge dessen das Neutralitätsgebot ein, welches die Schülerinnen und Schüler aufforderte, auf das Tragen von politisch provozierenden Materialien zu verzichten.

Am 2. Oktober 2006 lud die Schule zum „Tag der offenen Tür“ ein. Auch die ehemaligen Schüler jener zehnten Klasse waren anwesend. Unter dem Vorwand, sie wollten sehen, was aus der Schule und den Lehrerinnen und Lehrern geworden sei, verteilten die ehemaligen Schüler die Schulhof CD der NPD.<sup>101</sup>

Auch die Argumentationsmuster von Schülerinnen und Schülern lassen keinen Zweifel daran, wie viel Einfluss Rechtsextremisten auf junge Menschen haben. Martin Dulig, Landtagsabgeordneter der SPD in Sachsen und stellvertretender Vorsitzender des Netzwerkes für Demokratie und Courage e.V. veranstaltet mit dem Verein deutschlandweit Projekttag in Schulen zum Thema Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit.<sup>102</sup> „>>Die Argumentationen der Rechten in den Klassen ähnelt sich deutschlandweit<<, stellt Dulig fest, >>du hörst dann immer wieder, wie regionale Wirtschaftskreisläufe geschaffen werden könnten, um endlich die Grenzen dicht zu machen. Wie Sozialhilfe für Ausländer besser in die Entwicklungshilfen gesteckt werden könnte, damit die Ausländer schön draußen bleiben.<<“<sup>103</sup> Die Argumentation über „regionale

---

<sup>99</sup> vgl. Buschbom 2009, S. 3

<sup>100</sup> Krahle, Klaus, zit. n. Kraske; Werner 2007, S. 114

<sup>101</sup> vgl. Kraske; Werner 2007, S. 115f.

<sup>102</sup> vgl. Kraske; Werner 2007, S. 108

<sup>103</sup> Dulig, Martin, zit. n. Kraske; Werner 2007, S. 112



Wirtschaftskreisläufe“ entstammen nicht dem Wortschatz der Schülerinnen und Schüler, sondern sind Vokabeln aus NPD-Materialien.<sup>104</sup> Diese Beispiele zeigen, dass die Schulhof CD ihren Sinn nicht verfehlt, da junge Menschen darüber mit den rechtsextremistischen Ideologien konfrontiert werden und die Argumentationen unreflektiert übernehmen und in ihre Lebenswelt integrieren.

#### **4. Handlungsfelder gegen Rechtsextremismus**

Rechtsextremismus ist ein Problem, das in die unterschiedlichsten Teile der Bevölkerung hinein reicht. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten und gegen Rechtsextremismus vorzugehen wird die Diskussion über Handlungsmöglichkeiten in den verschiedenen Institutionen notwendig. Im folgenden Abschnitt werden die medienpädagogische Rechtsextremismusprävention und die Prävention an Schulen, politische Handlungsfelder und die Jugendsozialarbeit als Handlungsfeld dargestellt und erläutert.

##### **4.1 medienpädagogische Rechtsextremismusprävention und Prävention an Schulen**

Wie bereits erwähnt ist das Internet für Rechtsextremisten das ideale Rekrutierungsfeld. Junge Menschen sind die wichtigste Zielgruppe der rechtsextremistischen Propaganda. Deshalb ist eine medienpädagogische Auseinandersetzung mit und für Jugendliche notwendig, um rechtsextremistischer Orientierung vorzubeugen. Jugendschutz.net beobachtet seit 2000 die Aktivitäten der Rechtsextremisten im Internet und hat dabei festgestellt, dass die Anteile der jugendgefährdenden Inhalte, welche per Gesetz verboten werden können, stetig zurück gehen. Es wird zunehmend schwieriger, die Internetseiten der Rechtsextremisten einzudämmen.<sup>105</sup> Jugendschutz.net fördert deshalb die medienpädagogische Beschäftigung mit Rechtsextremismus im Internet und hat didaktisch-methodische Konzepte entwickelt, welche zum Ziel haben, Jugendliche für die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Argumentationsmustern und Erlebniswelten im Internet

---

<sup>104</sup> vgl. Kraske; Werner 2007, S. 112

<sup>105</sup> vgl. Glaser 2013, S. 123

zu stärken.<sup>106</sup> Die kritische Mediennutzung stellt in der heutigen Zeit eine Kernkompetenz für Kinder und Jugendliche dar.<sup>107</sup>

Die Sensibilisierung von Jugendlichen für rechtsextremistische Propaganda funktioniert nicht durch die klassische Belehrung. Wichtiger ist der Wechsel zwischen eigenständiger Recherche in Einzel- oder Gruppenarbeit und die Diskussion im Plenum, um einen erfahrungs- und handlungsrelevanten Prozess zu initiieren. Zur Durchführung brauchen pädagogische Fachkräfte ein hohes Maß an inhaltlicher, didaktischer und methodischer Kompetenz, da die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bzw. Rechtsextremismus ganz unterschiedliche emotionale Reaktionen hervorrufen kann. Medienpädagogische Workshops bieten Jugendlichen die Möglichkeit, die Denkmuster und Argumentationsstrategien von Rechtsextremisten am Beispiel von Internetseiten in einer geschützten und unterstützenden Lernatmosphäre zu hinterfragen und reflektierte Gegenpositionen zu beziehen. Anstelle der fraglosen Akzeptanz kann eine kritische Auseinandersetzung treten.<sup>108</sup>

Die Schule stellt eine wichtige Institution dar, um gegen Rechtsextremismus vorzugehen. Politische Einstellungen und Überzeugungen bilden sich im Alter von zwölf bis sechzehn Jahren. Die Jugendlichen sind in ihren Überzeugungen noch nicht gefestigt und meistens noch für Intervention bzw. Prävention zugänglich.<sup>109</sup> Da die Hinwendung von jungen Menschen zur rechtsextremistischen Subkultur und Weltanschauung oft psychosoziale Hintergründe hat, ist es wichtig, eine gute Atmosphäre in der Schule zu schaffen. Eine gute Grundstimmung ermöglicht es, Herausforderungen aller Art leichter zu bewältigen. Dazu dient der „Setting-Ansatz“, welcher den Einbezug der Schülerschaft in den Prozess der Schulentwicklung meint und die partizipative Entwicklung der sozialräumlichen Umgebung fördert. Zur genannten Primärprävention kann außerdem eine von der Schulleitung angeregte Initiative wie beispielsweise eine Initiative gegen Diskriminierung gehören. Signale „von oben“ geben den Schülerinnen und Schülern Halt und Orientierung. Außerdem kann es sinnvoll sein, Unterrichtseinheiten zu rechtsextremistischer Symbolsprache und Musik anzubieten, um den

---

<sup>106</sup> vgl. ebd., S. 124

<sup>107</sup> vgl. ebd., S. 128

<sup>108</sup> vgl. Glaser 2013, S. 130

<sup>109</sup> vgl. Jaschke 2012, S. 34

Schülerinnen und Schülern spezifisches Wissen und Kompetenzen anzueignen. Damit verbunden können Trainingsmaßnahmen die Selbstbehauptung und Gegenargumentation fördern. Sie können helfen, für alltägliche Ausgrenzungsmechanismen zu sensibilisieren und Widerspruch zu üben.<sup>110</sup>

Hinzu kommt, dass Bildung ein hemmender Faktor gegenüber der Herausbildung von Vorurteilen und rechtsextremistischen Einstellungen darstellt. Schule hat demnach die Aufgabe, durch Geschichts- und Politikunterricht den rechtsextremistischen Geschichtsdeutungen des Nationalsozialismus entgegenzuwirken. Im Allgemeinen ist die Schule eine Institution, in der antirassistische und demokratische Einstellungen gefördert und stabilisiert werden sollen. Ihr kommt demnach eine wichtige Rolle in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu, da junge Menschen oftmals in ihren Denkmustern noch nicht gefestigt und somit offener für demokratische und antinazistische Einstellungen sind.<sup>111</sup>

#### **4.2 politische Handlungsmöglichkeiten**

Die Politik bestimmt die Lebensbedingungen in einer Gesellschaft entscheidend mit. Deshalb ist es wichtig, auf Handlungsmöglichkeiten der politischen Akteure zu schauen, die gegen Rechtsextremismus wirksam sein können. Dazu zählen nicht nur die Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus, sondern auch soziale und wirtschaftliche Handlungsfelder, damit die Hinwendung zu rechtsextremistischen Einstellungen nicht begünstigt wird.

Die Politiker an der Spitze sollten überlegen, welche Interessen wirklich wichtig sind. Die Bevorzugung der finanzstärksten Mitglieder und die Benachteiligung ganzer Interessengruppen fördern die politische Unzufriedenheit des Großteils der Gesellschaft und spielen den Rechtsextremisten in die Hände. Außerdem sollte das Soziale gestärkt werden. Durch strukturelle Arbeitslosigkeit, steigende Altersarmut etc. werden die Belastungen der Schwächeren immer stärker und führen zu sozialer und wirtschaftlicher Deprivation, die, wie bereits erwähnt, Ursachen für rechtsextremistische Einstellungen sind.<sup>112</sup>

Der politischen Ungleichheit sollte mit verschiedenen Strategien begegnet werden. An erster Stelle steht die Bekämpfung von Einkommens- und

---

<sup>110</sup> vgl. Thiemann 2013, S. 150f.

<sup>111</sup> vgl. Jaschke 2012, S. 39

<sup>112</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 120

Vermögens-ungleichheiten und die Stärkung der Bildungsgleichheit. Hinzu kommt die Stärkung der Repräsentation der Interessen von Schwächeren, welche gegenüber der finanzstarken Verbänden von Industrie und Wirtschaft strukturell benachteiligt sind. Sozial benachteiligte Menschen sollten für politisches Engagement aktiviert werden, um ihre Interessen in der Gesellschaft vertreten zu können.<sup>113</sup>

Die Politik sollte Umbrüche aktiv gestalten, d.h. die Entnormalisierung des Normalarbeitsverhältnis und die damit verbundene strukturell gewordene Arbeitslosigkeit angehen. Ein flächendeckender Mindestlohn und Konzepte für das bedingungslose Grundeinkommen sind nur zwei der Handlungsmöglichkeiten.<sup>114</sup> Außerdem sollte Rechtsextremismus durch klare Linien und Haltungen aktiv bekämpft werden, indem vor allem das zivilgesellschaftliche Engagement gestärkt und mehr anerkannt wird. Staatliche Repressionen sind zwar notwendig, da sie die rechtsextremistisch motivierten Straftaten zurückdrängen, aber sie legitimieren gleichzeitig die Repression als Instrument der Politik. Da Repression Bestandteil der rechtsextremistischen und autoritären Vorstellungen ist, spielt auch dieser Umstand den Rechtsextremisten in die Hände, um die Demokratie in Frage zu stellen. Deshalb ist eine starke Zivilgesellschaft in der Bekämpfung rechtsextremistischer Einstellungen unbedingt notwendig.<sup>115</sup>

Zum politischen Handlungsfeld gehört auch der Blick auf die kommunale Ebene. Oft werden Vorfälle mit rechtsextremistischen Hintergrund abgewiegelt und relativiert, um das Ansehen der Kommunen nicht zu schädigen. Diese Denk- und Handlungsweise setzt aber die falsche Signale an die Rechtsextremisten, die Bevölkerung, aber vor allem an die Opfer.<sup>116</sup> Wichtiger wäre es, die Vorfälle im Einzelnen im Bezug auf die Intensität, die Motivation und die Kontinuität bzw. Organisation einzuordnen und dahingehend zu handeln. Darüber hinaus sollte zivilgesellschaftliches Engagement gefördert und langfristig aufrecht erhalten werden, um der rechtsextremistischen Szene kontinuierlich die Stirn zu bieten. Außerdem bildet die Förderung von Präventionsprojekten einen weiteren wichtigen Punkt zur Bekämpfung des

---

<sup>113</sup> vgl. Bödeker 2012, zit. n. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 120f.

<sup>114</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 121

<sup>115</sup> vgl. Decker; Kiess; Brähler 2012, S. 123

<sup>116</sup> vgl. von Horn; Bürger 2013, S. 2

Rechtsextremismus.<sup>117</sup>

Die aktive Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern gehört ebenso zum Handlungsfeld der kommunalen Ebene. Wichtig ist u.a., die Selbstinszenierung als Opfer der Demokratie bei der Ablehnung von Anträgen durch öffentliche Stellungnahmen zu dekonstruieren und den diskriminierenden Inhalt der Anträge öffentlich herauszuarbeiten.<sup>118</sup>

Die genannten Handlungsmöglichkeiten sind nur einige der Beispiele, wie Rechtsextremismus auf der politischen Ebene begegnet werden kann. Die aktuelle Situation, vor allem in den kleineren Ortschaften im Osten Deutschlands zeigen aber nach wie vor Schwierigkeiten im Umgang mit Rechtsextremismus und seinen Vertreterinnen und Vertretern.

#### **4.3 Jugendsozialarbeit**

Zu den möglichen Handlungsfeldern in der Arbeit mit und gegen Rechtsextremismus gehört auch die Jugendsozialarbeit. Die Jugendarbeit gilt als Ort der „Freizeit“, welcher einen repressions- und autoritätsarmen Raum bietet. Das bedeutet, dass sie nicht verpflichtend, sondern freiwillig stattfindet. Sie ist ausgerichtet auf die lebensweltlichen Interessen der jungen Menschen, in dem sie im Rahmen von offenen Angeboten das Einbringen von unterschiedlichen Interessen und Erfahrungen ermöglicht. Die Jugendarbeit ist nicht nur lebensweltlich interessiert, sondern auch jugend- und bildungspolitisch engagiert. Sie stellt die Frage nach den Bedingungen, die aus der gesellschaftlichen Situation und der Erziehung entstehen. Außerdem bietet Jugendarbeit die Möglichkeit der Selbstbildung, um selbstständiges, eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Handeln zu ermöglichen. Hinzu kommt die Arbeit im Spannungsfeld zwischen Utopie und Wirklichkeit, welche dem Jugendlichen ermöglicht, Spiegelungserfahrungen zu initiieren und darauf folgend neue Perspektiven auf die eigene Person werfen zu können. All diese Ziele und Aufgaben finden ihre rechtliche Grundlage im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG).<sup>119</sup>

Bis zu Beginn der 90er Jahre galt die Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen als Tabubruch. Sie wurde als „Glatzenpflege auf Staatskosten“

---

<sup>117</sup> vgl. ebd., S. 3f.

<sup>118</sup> vgl. Henßler; Müller; Overdieck 2012, S. 5

<sup>119</sup> vgl. Lang 2012, S. 25f.

und „Nationalsozialarbeit“<sup>120</sup> betitelt. Es fand eine Pädagogik der Ausgrenzung, Bekämpfung und Bestrafung jener jungen Menschen statt.<sup>121</sup>

„Die zentrale, die oberste Aufgabe jeder humanistisch ausgerichteten Pädagogik ist die Förderung der Entwicklung, der Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe unter aktuellen Bedingungen des Aufwachsens [...]“.<sup>122</sup> Die „Pädagogik gegen...“, die oftmals gefordert und teilweise betrieben wurde, vernachlässigte diese zentrale Aufgabe und die Frage danach, was sich die Mitglieder der Zielgruppe selbst von einer Veränderung versprochen. Sie beinhaltete die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme an genau den Menschen, die den geringsten gesellschaftlichen Einfluss hatten bzw. haben, nämlich die Jugendlichen. Deshalb war eine „Pädagogik gegen...“ weder fachlich vertretbar noch erfolgreich umsetzbar.<sup>123</sup>

Ab 1990 wurde das Konzept der „Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“ eingeführt. Dieses Konzept vertritt zwei Grundsätze: Zum einen den Grundsatz des humanistischen Menschenbildes mit unveräußerlichen Menschenrechten und zum anderen den Effektivitätsgrundsatz, der beinhaltet, dass die Forderung nach der Gesinnungsänderung völlig ungeeignet ist, um die Zielgruppe zu erreichen bzw. eine positive Änderung zu bewirken<sup>124</sup>. Die pädagogischen Aufgaben liegen deshalb in erster Linie nicht darin, Prävention gegen Rechtsextremismus zu betreiben, sondern die Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern und Unterstützung zur gesellschaftlichen Teilhabe zu leisten. Je effektiver diese Ziele umgesetzt werden, desto weniger neigen junge Menschen zur rechtsextremistischen Orientierung, da sie sich durch die gewonnenen Selbstwirksamkeitsgefühle von rechtsextremistischen Einstellungen nichts Relevantes (mehr) versprechen.

Um die Ziele umsetzen zu können, sind bestimmte Prinzipien nötig, nach denen Sozialarbeit mit Jugendlichen erfolgen sollte. Dazu zählt das Interesse am ganzheitlichen Menschen und nicht ausschließlich an den „anstößigen“ Seiten. Es sollte ein Ansatz an den Problemen stattfinden, die der Jugendliche hat und nicht an denen, welche er verursacht. Durch das Interesse an den Problemen des jungen Menschen kann sich eine Offenheit gegenüber der Probleme

---

<sup>120</sup> Lang 2012, S. 49

<sup>121</sup> vgl. Lang 2012, S. 49ff.

<sup>122</sup> Krafeld 2012, S. 52

<sup>123</sup> vgl. Krafeld 2012, S. 53

<sup>124</sup> vgl. Krafeld 2012, S. 54

entwickeln, die andere Menschen mit dem Jugendlichen haben. Außerdem ist es von zentraler Bedeutung, die aktuelle Verbindung des Jugendlichen zum Rechtsextremismus wahrzunehmen, d.h. beispielsweise die überzeugendere Orientierung, das größere Zugehörigkeitsgefühl und mehr Beachtung und Anerkennung. Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist, dass sich junge Menschen nur dann ändern, wenn es für sie subjektiv einen Sinn macht. Wenn ein Jugendlicher mit seiner aktuellen Situation zufrieden ist und sich mit seiner Orientierung und seinem Umfeld wohl fühlt, wird eine durch die Sozialarbeit angestrebte Veränderung im Bewusstsein nicht stattfinden.<sup>125</sup>

Albert Scherr prognostiziert in seinem verfassten Text mit dem Titel „Jugendarbeit und Rechtsextremismus – Was kann und was sollte Jugendarbeit zur Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen beitragen?“ eine Verstärkung rechtspopulistischer Tendenzen unabhängig von Gewaltbereitschaft und Demokratieablehnung. Das bedeutet, dass Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ohne Gewalt und mit der Demokratie als Staatsform konform gehen werden. Deshalb bilden pädagogische Maßnahmen gegen rassistisch motivierte Gewalt nur einen kleinen Teil der pädagogischen Arbeit gegen Rechtsextremismus. Die Herausforderung für die Jugendsozialarbeit sieht Scherr darin, gegen Rechtsextremismus vorzugehen, ohne sich dabei auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu fixieren. Grundlagen dafür sind u.a. Konzepte der Menschenrechtsbildung, Bildungsarbeit gegen Diskriminierung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sowie Demokratieerziehung, welche nicht nur Seminare und Projekte der Jugendbildungsarbeit, sondern auch die offene Jugendarbeit umfassen sollten.<sup>126</sup>

---

<sup>125</sup> vgl. ebd., S. 55f.

<sup>126</sup> vgl. Scherr 2012, S. 119

## Fazit

Rechtsextremismus ist kein Randphänomen. Er ist in allen gesellschaftlichen und sozialen Schichten, im Osten wie im Westen und in jeder Altersstufe verbreitet. Nicht jeder Mensch mit rechtsextremistischen Einstellungen engagiert sich in der NPD oder in einer anderen rechtsextremistischen Organisation oder ist ein Feind der Demokratie.

Die Verbreitung von rassistischen, ausländerfeindlichen und antisemitischen Denkmustern in der Gesellschaft ist sehr hoch. Parolen wie „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ oder „Asylbewerber schmarotzen auf unsere Kosten“ gelten schon fast als „normale“ Aussagen und werden sowohl von Kommunen als auch von Bürgern entweder bejaht oder einfach ignoriert. Vor allem in ländlichen Regionen haben Rechtsextremisten leichtes Spiel. Die Menschen fühlen sich oftmals von „denen da oben“ verlassen und verstehen rechtsextremistische Organisationen, welche in den Orten präsent sind, als Alternative zur gefühlten politischen Ohnmacht. Dort knüpfen Rechtsextremisten an und nutzen soziale Themen wie sexuelle Gewalt an Kindern oder die Flüchtlingspolitik, um die Bevölkerung für ihre politischen Zwecke zu rekrutieren. Oftmals merken die Menschen es entweder gar nicht oder erst viel zu spät, dass sie durch Neonazis instrumentalisiert wurden. Sie lassen sich von unreflektierten Äußerungen der Rechtsextremisten leiten und setzen sich nicht mit den verschiedenen Standpunkten eines Sachverhaltes auseinander. Somit gelingt es Rechtsextremisten, eine breite Menge für ihre Ideologien zu rekrutieren, ohne das dabei die betreffenden Menschen mit allen Aspekten einverstanden sind.

Es existieren bereits eine Vielzahl von Handlungsoptionen gegen Rechtsextremismus. Eines der aktuellsten Themen ist momentan das NPD-Verbotsverfahren. Der Bundesrat stellte im Dezember erneut einen Antrag auf das Verbot der NPD, dieses mal ohne die Aussagen von V-Leuten.<sup>127</sup> Über das NPD-Verbot herrscht eine geteilte Meinung. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit Rechtsextremismus durch ein Parteiverbot der NPD bekämpft werden kann oder ob es nicht nur anstelle der Ursachen die Symptome fokussiert.

Neben dem Verbotsverfahren bestehen weitere Handlungsmöglichkeiten auf der politischen aber auch auf der schulischen bzw. sozialarbeiterischen Ebene.

---

<sup>127</sup> <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ideologie-verfassungsfeindlich-bundesrat-unternimmt-zweiten-anlauf-fuer-ndp-verbot-12686003.html>, verfügbar am: 03.12.2013



Aufgrund der Vielzahl von Faktoren, welche eine rechtsextremistische Einstellung begünstigen, ist es wichtig, dem Rechtsextremismus psychosozial, bildungspolitisch und zivilgesellschaftlich entgegen zu treten und die multikulturelle Gesellschaft zu fördern. Dazu wäre es zum Beispiel im Bezug auf Ausländerfeindlichkeit an erster Stelle wichtig, dass sich der Staat als Einwanderungsland begreift und definiert. Ohne dieses Selbstverständnis wird es auch in Zukunft für die Bevölkerung schwierig sein, Migration als einen selbstverständlichen Prozess zu begreifen und Menschen aus anderen Ländern als Teil der eigenen Gesellschaft zu akzeptieren und somit vorurteilsfrei und offen für andere Kulturen zusammen leben zu können.

Hinzu kommt die Bearbeitung von sozialen Missständen in der Gesellschaft wie beispielsweise Niedriglöhnen und befürchteter Altersarmut, welche vor allem in Ostdeutschland verbreitet sind. Je zufriedener die Menschen mit ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation sind, desto weniger neigen sie zu rechtsextremistischen Einstellungen. Bezüglich dessen müsste die Politik sozialere Grundlagen schaffen, wie beispielsweise einen Mindestlohn einführen, um die Lebensumstände zu verbessern und damit die Zufriedenheit in der Bevölkerung zu steigern. Demnach würde auch den ausländerfeindlichen Haltungen entgegengewirkt werden.

Dem durch die Rechtsextremisten betriebenen Geschichtsrevisionismus kann durch strukturierten Unterricht in der Schule entgegnet werden. Hierbei stellt sich aber auch die Frage, inwieweit Lehrerinnen und Lehrer rechtsextremistisch eingestellt sind und wie sich das eventuell auf den Unterricht auswirkt. Außerdem ist fraglich, welchen Stellenwert Rechtsextremismusprävention in Schulen einnimmt und inwieweit Lehrerinnen und Lehrer überhaupt interessiert an den präventiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus sind.

Generell sollte die Demokratie in Deutschland für seine Bürger erfahrbarer sein und handlungsfähiger machen. Denn wie zu Beginn dieser Arbeit beschrieben ist Demokratie eine Herrschaftsform, bei der das Volk theoretisch ein „Mitspracherecht“ hat. Solange sich aber die Menschen aus verschiedenen Gründen heraus handlungsunfähig und dem Staat gegenüber ohnmächtig fühlen, wird sich ein Teil der Gesellschaft nach wie vor zu vermeintlichen

Alternativen hinwenden. Dazu zählt auch der Rechtsextremismus mit der Vorstellung einer Diktatur und seinen menschenverachtenden Ideologien. Dem kann aber nicht nur durch präventive Projekte entgegengewirkt werden, sondern es muss sich an der gesamten gesellschaftlichen Haltung etwas verändern. Bildung und Aufklärung sind die stärksten „Waffen“ gegen Rechtsextremismus, die gezielt genutzt werden müssen, um eine vielfältige und bunte Gesellschaft ohne Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung zu fördern und somit gegen Rechtsextremismus vorgehen zu können.

## **Literaturverzeichnis**

Amadeu-Antonio-Stiftung (o. J.): Was sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten. Gedankenanstöße für einen wirksamen Kinderschutz jenseits polemischer Scheinlösungen. 1. Aufl. Dresden: meindruckportal

Begrich, David; Hahnel, Torsten (2011): Rechtsrock-Konzerte als Spiegel neonazistischer Erlebniswelt. Hintergrundpapier 03/2011. Miteinander e. V. Arbeitsstelle Rechtsextremismus. Magdeburg und Halle

Buschbom, Jan (2003): Rechtsrock-Thema: Kinderschändung.  
<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/7012>, verfügbar am 18.11.2013

Buschbom, Jan (2009): NPD-Schulhof CD 2009. Ein Argumentationsleitfaden für Demokratie und Vielfalt. Für die politische Bildungsarbeit in Schulen und Jugendeinrichtungen. Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e.V.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Forum Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Geisler, Astrid; Schultheis, Christoph (2011): Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 1161. Bonn: Carl Hanser Verlag

- Glaser, Stefan (2013): Dem Hass die Stirn bieten. Medienpädagogische Rechtsextremismusprävention: Erfahrungen aus der Arbeit von jugendschutz.net. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 123-146
- Glaser, Stefan; Pfeiffer, Thomas; Schneider, Christiane (2013): Von Textwüsten zur Propaganda 2.0. Entwicklungslinien rechtsextremer Online-Präsenzen. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 100-110
- Groß, Alexander (2013): Vorwort. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 9-13
- Grunert, Johannes (2013): Bürger und NPD zusammen gegen Flüchtlinge. In: Zeit online vom 21. Oktober 2013. [http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/10/21/burger-und-npd\\_14197](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2013/10/21/burger-und-npd_14197), verfügbar am 19.11.2013
- Günter, Thomas (2013): Das Internet – kein rechtsfreier Raum. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 83-99
- Häußler, Alexander (2011): Die „PRO-Bewegung“ und der antimuslimische Kulturrassismus von Rechtsaußen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Publikationsreihe „Expertisen für Deutschland“. Ausgabe 01/2011

- Henßler, Vera; Müller, Yves; Overdieck, Ulrich (2012): Keine Diskussion auf Augenhöhe! Herausforderungen im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Kommunalpolitik. In: Publikationsreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung. „Expertisen für Deutschland“. Nr. 1/2012
- Jaschke, Hans-Gerd (2012): Zur Rolle der Schule bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 62. Jahrgang. 18-19/2012. Bundeszentrale für politische Bildung. S. 33-39
- Krafeld, Franz Josef (2012): Bedarf es einer speziellen Pädagogik gegen Rechts? Nein, aber! In: Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 1245. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 49-60
- Kraske, Michael; Werner, Christian (2007): ...und morgen das ganze Land. Neue Nazis, „befreite Zonen“ und die tägliche Angst – ein Insiderbericht. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 684. Freiburg im Breisgau: Verlag Herder GmbH
- Lang, Susanne (2012): Jugendarbeit. Bestimmungen ihrer Aufgaben und Ziele. In: Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 1245. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 19-32
- Lehnert, Esther (o. J.): Die Ideologie der „Volksgemeinschaft“ und ihre Anschlussfähigkeiten. In: Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Amadeu-Antonio-Stiftung. S. 15-18

- Petersen, Janna (o. J.): Analyse: Wie instrumentalisieren Rechtsextreme das Thema sexueller Missbrauch? In: Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Amadeu-Antonio-Stiftung. S. 19-31
- Pfeiffer, Thomas (2013): Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet – der Rechtsextremismus als Erlebniswelt. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 44-64
- Radvan, Heike (o. J.): Historische Perspektiven. In: Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Amadeu-Antonio-Stiftung. S. 9-14
- Raupach, Nils (o. J.): Fallbeispiele aus Schleswig-Holstein. Eine eskalierte Demonstration in Nordfriesland als Erfolgserlebnis. In: Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen. Amadeu-Antonio-Stiftung. S. 36 – 38
- Scherr, Albert (2012): Jugendarbeit und Rechtsextremismus – Was kann und was sollte Jugendarbeit zur Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen beitragen? In: Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 1245. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 107-121
- Staud, Toralf (2006): Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 566. Aufl. Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch

Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: bub

Thiemann, Kirsten (2013): Rechtsextremismus an Schulen – auch das noch? Plädoyer für eine individuelle und situationsangepasste Strategie. Ein Beitrag der Online-Beratung gegen Rechtsextremismus. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 147-157

Thurich, Eckart (2006): pocket politik. Demokratie in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Braunschweig: westermann druck GmbH

von Horn, Helge; Bürger, Stephan (2013): Rechtsextremismus geht alle an! Kommunale Handlungsmöglichkeiten gegen eine Gefährdung der Demokratie. In: Standpunkt. Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nr.7. Februar 2013

Wörner-Schappert, Michael (2013): Was macht Hass-Seiten attraktiv? Fallbeispiel: Musik als virtuelle Propagandawaffe – moderne Multimedialität rechtsextremer Websites. In: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention. 3. überarbeitete u. aktualisierte Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 111-121

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

## **Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Stellen sind als solche kenntlich gemacht.

Die vorgelegte Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form bei keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift